

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.00 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Moll und Zeit“ mit „Siedlung und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 30 Pfennig, Kleinspalten 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Letztgedruckte Wort 25 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschnitt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eintreffen werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 15. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Koch verhandelt.

Heute Besprechung der Fraktionsführer.

Abgeordneter Dr. Koch hatte gestern mittag 1 Uhr mit den Genossen Hermann Müller, Dittmann und Wels eine erste Besprechung gehabt.

Heute nachmittag wird eine Verhandlung der Führer der für eine große Koalition in Betracht kommenden Parteien stattfinden.

Wir wünschen für den Versuch, ein Arbeitsprogramm zu finden, das Sozialdemokratie, Mittelparteien und Deutsche Volkspartei akzeptieren können, volle Klarheit und Aufrichtigkeit.

Selbst ist nicht eine einzige Tatsache zu verzeichnen gewesen, die diese Parteien hätte aus dem Wege räumen können.

Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, ihre agitatorischen Forderungen mit dem Maßstab der vorhandenen Reichsmittel zu messen.

Nach in der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter klafft ein offener Spalt zwischen Reichsregierung und den links eingestellten Parteien.

von keineswegs grundsätzlicher Bedeutung eine Einigung über das sozialdemokratische Programm zustandekommen soll, ist im Augenblick unerfindlich.

Die „Königliche Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ bemühen sich mit solcher Ausführung, noch vor dem Beginn der offiziellen Verhandlungen das sozialdemokratische Programm nach Möglichkeit schon abzubauen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wünscht volle Klarheit bei diesen Verhandlungen — auch von der anderen Seite. Sie hat ein Programm aufgestellt.

Kochs Verhandlungen.

Ueber die Verhandlungen des Reichsministers a. D. Koch mit den Parteien, die für die Bildung der Großen Koalition in Frage kommen, erfährt das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungserleger.

Die Stellung des Zentrums.

Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Fehrenbach, hatte gestern abend eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz.

garischen Majedoniern sollen die beiden Regierungen sofort in Unterhandlungen treten und dem Völkerbundsrat vor seiner nächsten Tagung darüber berichten.

beide als Ausgeföhnte

aus den Verhandlungen hervorgehen. Völlig unerwartet nahm dann Chamberlain das Wort, um in feierlicher Erklärung die fünf Locarno-Verträge dem Völkerbund zur Aufbewahrung zu übergeben.

Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz.

Genf, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In einer geheimen Sitzung hat der Völkerbundsrat am Montag die Einsetzung des vorbereitenden Komitees für die einzuberufende internationale Wirtschaftskonferenz endgültig beschlossen.

Wirtschaftskrise / Sozialpolitik.

Ein Beitrag zum Arbeitslosenproblem.

Auf der Industrietagung des vergangenen Jahres hielt der Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Ernst v. Borzsig, ein Referat: Industrie und Sozialpolitik.

Die Verhandlungen des Reichstags über die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen erinnern lebhaft an diese „gesunde“ Sozialpolitik.

Zwei Argumente wurden insbesondere vorgebracht, die beweisen sollten, daß die sozialdemokratische Forderung undurchführbar ist. Die alte Behauptung von der unerträglichen sozialpolitischen Belastung der Wirtschaft, die ihre Gesundung verhindere, wurde wieder vorgebracht.

Der Hinweis auf die Reparationsleistungen ist ebenfalls nicht stichhaltig. Die Verzinsung der englischen Staatsanleihe erfordert nach einer Darstellung G. D. H. Coles in der „Gesellschaft“ vom Juni 1925 acht Milliarden Goldmark im Jahre.

Der eigentliche Bestimmungsgrund des ablehnenden Verhaltens der bürgerlichen Parteien und des diktatorischen Vorgehens des Reichskanzlers Luther ist jenes zweite Argument von der Ueberschneidung der Löhne durch eine der sozialdemokratischen Forderung entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen.

Die tiefste Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind jene ungeheuren Bereicherungsmöglichkeiten, die Kriegs- und Nachkriegszeit boten. Und so paradox es klingt, es ist dennoch wahr: dieser kapitalistische Reichtumszuwachs ist die eigentliche Ursache unserer Not.

Louchens Stellung schwer erschüttert.

Die Finanzkommission lehnt sein Programm ab.

Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat es heute abend mit 15 gegen 5 Stimmen abgelehnt, in die Diskussion der Hauptvorlage des Louchenschen Finanzprogramms einzutreten.

Die Locarno-Verträge in Genf eingereicht.

Die Erledigung des bulgarisch-griechischen Konflikts.

Genf, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat schloß am Montag vormittag die Beratungen über den griechisch-bulgarischen Konflikt ab.

kein Staat, auch wenn er sich dazu berechtigt glaubt, mit Waffengewalt vorgehen darf.

ohne sich an den Völkerbund zu halten. Im anderen Falle muß er den angerichteten Schaden bezahlen. Die Einwendung Griechenlands, daß seine Regierung über die ihm auferlegte Entschädigung von zusammen 30 Millionen Lewas nicht angehört worden sei, wurde dadurch für hinfällig erklärt.

nissen das Produzieren mit Profit ermöglicht. Das verbirgt sich hinter jenem Schlagwort von der „Reinigung der Wirtschaft“. Bei dieser „Reinigung“ werden jedoch unter der Herrschaft der kapitalistischen Anarchie nicht nur die lebensunfähigen Betriebe ausgeschaltet, es vollzieht sich überhaupt alles ohne planvolles Wirken. Vor allen Dingen aber versucht man, diesen Reinigungsprozess, der gleichzusetzen ist mit kapitalistischer Wertvernichtung, überflüssig zu machen durch Maßnahmen auf Kosten der Arbeitskraft, d. h. durch Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Sozialpolitik. Im Zeitalter des syndikalisierten Großkapitals ist dem Unternehmertum ein solcher Ausweg immer erwünschter als der Weg, der durch Opferung toter Kapitals zur Genesung führt.

Es ist von der verhängnisvollsten Bedeutung, wenn diese kapitalistische Kurzsichtigkeit weitgehendes Entgegenkommen bei der Reichsregierung findet. Neben dem Abbau der staatlichen Sozialpolitik hat zur Herabdrückung der Lebenshaltung nicht zuletzt die staatliche Lohnpolitik beigetragen. Durch Fixierung unzureichender Löhne und Gehälter und durch Arbeitszeitverlängerung ist den Unternehmern weit entgegenkommen worden, immer in der Hoffnung, so die Wirtschaftskrise überwinden zu können. Und doch haben sich all diese Maßnahmen als grundfalsch erwiesen. Wie sehr in der Beurteilung dieser Fragen eine geistige Uebereinstimmung zwischen den Unternehmern und der Reichsregierung Luthers Brauns bestand, hat nicht zuletzt die berühmte Aktiennotiz Meißingers gezeigt. Der Syndikus der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, hat allen Ernstes den Reichsarbeitsminister aufgefordert, bei passender Gelegenheit mit einer Broschüre „Lohnpolitik“ an die Öffentlichkeit zu kommen, ähnlich der über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik, die Anfang vorigen Jahres erschien. In der Berichtigung zu dieser Aktiennotiz erklärt Ministerialdirektor Dr. Sijler, daß er zwar diesen Wunsch Meißingers dem Reichsarbeitsminister übermittelt, von vornherein jedoch erklärt habe, daß der Herr Reichsarbeitsminister nicht auf Anregung der Arbeitgebervereine eine Broschüre über Lohnpolitik schreiben werde.

Nicht darum handelt es sich jedoch, ob auf Wunsch der Arbeitgebervereine eine solche Broschüre geschrieben wird, als vielmehr um die wichtige Feststellung Meißingers, daß er in jener Broschüre Brauns über „Wirtschaftskrisis und Sozialpolitik“ die grundsätzliche Uebereinstimmung mit der Auffassung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände sieht. Die grundsätzliche Uebereinstimmung von diesem verhängnisvollen Wege ist das, worauf es auch heute noch entscheidend ankommt. Ohne ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, ohne staatliche Lohnpolitik mit dem Ziele der Arbeitszeitverlängerung und der Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung ist die Ueberwindung der Krise nicht möglich. Kapitalistisch intensive Produktionssteigerung erfordert einen entsprechenden Ausbau der Sozialpolitik.

### Arbeitgeberkorruption.

#### Arbeitgeberverbände und Schriftenreihe des „Firn“.

Der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände Ernst v. Borlig, hat der „Frankfurter Zeitung“ und der „Boschischen Zeitung“ ein Schreiben als Antwort auf einen Aufsatz des demokratischen Gewerkschaftsführers Ernst Lemmer über die Vorkänge bei der Vereinigung der Arbeitgeberverbände gesandt. Das Schreiben lautet:

Im Frühjahr d. J. wurde der Vereinigung bekannt, daß von Seiten des „Firnverlags“ und eines diesem nahestehenden weiteren sozialistischen Verlages die Herausgabe einer Schriftenreihe jungsozialistischer Autoren geplant und bereits eingeleitet sei, die, nach den Ankündigungen des Verlags auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung stehend, sich mit der Stellung des deutschen Arbeiters zu Staat und Wirtschaft beschäft-

tigen sollte. Hierbei aber die realen wirtschaftlichen Grundlagen und die nationale Einstellung des Arbeiters zur Voraussetzung ihrer Anschauungen und Forderungen nehmen würde; er gelte die „positiv eingestellten Elemente der Bewegung zu sammeln und im Sinne des realen Fortschritts zu wirken; es sei höchste Zeit, uns auch in wirtschaftlichen Dingen auf die Wirklichkeit zu besinnen und den Mut aufzubringen, auch bittere Wahrheiten auszusprechen, wenn das nötig sei“.

Diese reale Auffassung der Dinge, die im Gegensatz zu den dogmatischen offiziellen Kundgebungen der Gewerkschaften steht, begegnet sich mit dem schon seit langem offen gelegten Programm der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, wonach eine Verständigung mit der auf dem Boden der Anerkennung der realen Wirtschaftlichen und eigenen Selbstverantwortlichkeit stehenden Arbeiterschaft erstrebt wird.

Die Vereinigung entschloß sich daher, die Herausgabe dieser, übrigens in dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes selbst empfohlenen Schriftenreihe durch finanzielle Mittel zu ermöglichen, und durch Ankauf einer größeren Anzahl der herausgegebenen einzelnen Schriften für deren weitere Verbreitung beschließend zu sein.

Auf die Auswahl der Verfasser und auf den Inhalt der Broschüren hat die Vereinigung keinen Einfluß ausgeübt. Die Personen der Autoren sind der Vereinigung auch heute noch sämtlich unbekannt. Damit entfällt jede Grundlage für die Behauptung, die Vereinigung habe den Verlag „planmäßig korumpiert“ und sie habe „unter neutralem Deckmantel“ Tausende solcher Schriften in Arbeiterheimen „hineingeschmuggelt“. Plan und Einleitung dieser Broschüren ist vielmehr ohne Zutun der Vereinigung erfolgt.

Herr Lemmer greift aber noch einen zweiten Vorwurf des „Firn“ auf, nämlich den des „unter sozialistischem Deckmantel für dunkle politische Zwecke“ gegebenen Darlehens. Auch hierzu will ich mich äußern. Das erwähnte Darlehen, und zwar in Höhe von 5000 M., ist für eine Organisation des Zentralverbandes der Landarbeiter, die sich mit der Versorgung der Industriewerke mit Lebensmitteln für ihre Arbeiter befaßt, gegeben worden. Davon, daß dieses Darlehen zu einem politischen Zwecke irgendwelcher Art gegeben worden sei, ist keine Rede.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. E. v. Borlig.

Es steht also fest, daß die Arbeitgeberverbände die Schriftenreihe des „Firn“ aufgekauft und von sich aus vertrieben haben.

Die Behauptung, daß sie keinen Einfluß auf den Inhalt ausgeübt hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist auffällig, daß die falsche Behauptung im Schreiben der Arbeitgeberverbände nicht von Dr. Tänzler, sondern von Herrn von Borlig mit Namen gedeckt wird.

Was die Ablehnung des Verwendungszweckes des an den Gewerkschaftsführer Behrens gegebenen Darlehens von 5000 M. betrifft, so sind Zeugen hierfür vorhanden, daß es tatsächlich für den Genemörder Oberstleutnant Schulz bestimmt war.

Im übrigen werden wir mit der weiteren Besprechung des Briefes der Arbeitgebervereine bis nach der Veröffentlichung der Antwort von Lemmer zurückhalten, die, wie wir unterrichtet sind, unermüßlich erfolgen wird.

### Richter der Republik

#### Schwere Anklagen Landsbergs gegen Bowersdorff.

Im Dezemberheft der „Justiz“ veröffentlicht Otto Landsberg Material zur Beurteilung der beiden Richter Landgerichtsdirektor Bowersdorff und Landgerichtsrat Schulze aus dem Magdeburger Rothard-Prozess. Außer dem Material, das aus dem Beleidigungsprozeß Kroner-Bowersdorff bereits bekannt ist, führt Landsberg u. a. folgendes an:

Als der Prozeß Rothard in der zweiten Instanz verhandelt wurde, erschienen eines Tages die Herren Bowersdorff und Schulze als Zuhörer im Gerichtssaal und nahmen

nebeneinander Aufstellung. Herr Bowersdorff wurde des Zeugen Scheidemann ansichtig und sagte, was nur für ihn auch charakteristisch erscheint, zu Schulze: „Da ist ja Philipp.“ Herr Schulze erwiderte mit Nachdruck: „Dieses Schwein.“ Scheidemann, der der Ansicht ist, daß es nicht nötig ist, einen soch rohen und gemeinen Ausfall zu dulden, am allerwenigsten dann, wenn er von einem zur Wahrung der Ehre anderer Personen berufenen Richter gegen einen Zeugen und noch dazu im Gerichtssaal begangen wird, hat gegen Schulze Strafantrag gestellt und Herrn Bowersdorff als Zeugen benannt. Dieser wie Herr Schulze haben die Äußerung bestritten. Sie ist aber gleichwohl wahr!

Landsberg übernimmt für seine Angaben die volle Verantwortung. Er zieht aus seinem Material den Schluß: „Aber ich behaupte, daß die beiden juristisch gebildeten Mitglieder des Gerichtes, die das Urteil bestimmt haben und die beide als Politiker zum politischen Biot der Deutschnationalen Volkspartei gehören, sich bei der Fällung des Urteils von ihrer politischen Einstellung haben leiten lassen.“

Die Herren Bowersdorff und Schulze können die Anklagen an Gerichtsstatt entkräften, wenn sie wünschen; denn Landsberg hat mit seiner Veröffentlichung abschließend bis nach der Verabschiedung des preussischen Amnestiegesetzes gewartet, damit ein Verfahren gegen ihn nicht niedergeschlagen werden könne.

### Verzögerung der Erwerbslosenunterstützung

#### Unerhörte Sabotage der Regierung.

Amlich wird gemeldet:

Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bedarf noch der Verhandlung mit dem Reichsrat. Diese Verhandlung ist mit der größten Beschleunigung angelegt worden, so daß es möglich sein wird, die Erhöhungen bereits mit dem 21. Dezember 1925 in Kraft treten und noch vor Weihnachten den Erwerbslosen zugute kommen zu lassen. Die gewünschte Erhöhung vom 15. Dezember 1925 ab, war begreiflicherweise nicht möglich, da bis zu diesem Termin die notwendige Verhandlung mit dem Reichsrat sich nicht hätte ermöglichen lassen.

Die Art, wie die Reichsregierung — und nur sie allein trägt die Verantwortung für diese Maßnahme — die Auszahlung der erhöhten Erwerbslosenunterstützung hinauszögert, ist eine unerhörte Eigenmächtigkeit. Sie widerspricht in jeder Beziehung dem Willen des Reichstags, der zweifelsfrei eine sofortige Durchführung der von ihm beschlossenen Maßnahmen wünschte. Die Befolgung auf den Reichsrat wirkt lächerlich. Der Reichsrat wäre durchaus in der Lage, die Zahlungen rückwirkend zu bewilligen. Im übrigen ist gar nicht einzusehen weshalb ein Beschluß des Reichsrats nicht vor dem 15. Dezember herbeigeführt werden könne. In anderen Fällen hat man es sehr wohl verstanden, eine Sitzung des Reichsrats am gleichen Tage herbeizuführen, an dem der Reichstag ein Gesetz verabschiedet hat. Die Reichsregierung zeigt durch ihr Verhalten nur, daß ihr die Hilfsmassnahmen für die Erwerbslosen viel weniger wichtig sind als andere Gesetze. Es ist der Geist Dr. Luthers, der aus diesem Verhalten spricht.

Beseitigung der deutsch-holländischen Zollsoll. Heute beginnen in Bonn Brückverhandlungen mit Holland, welche die Beseitigung des Zollsollens zwischen Deutschland und den Niederlanden bezwecken.

Der frühere spanische Ministerpräsident Alfonso Moura ist am Sonntag 76jährig in Madrid gestorben. Er war jahrzehntelang der Führer der spanischen Konservativen. Unter seiner Ministerpräsidentschaft erfolgte die staatsrechtliche Erschießung des Freiwilligen Ferrer wegen angeblich anarchistischer Umtriebe, die damals die Entrüstung der gesamten freisinnigen öffentlichen Meinung Europas erregte. Im Kriege trat er im Gegensatz zu manchem Liberalen für die Beibehaltung der spanischen Neutralität ein und setzte sich durch.

Hört seien gelesen. Das Werk aber in seiner schweren Problematik stärker analysiert.  
L. S.

Eine überflüssige Aufführung. Im Schlossparktheater konnte man am Sonntag die Anpreisungslosigkeit des Publikums und das Selbstbewußtsein eines Herrn Walter Gutschalk bewundern, der sich zu den literarischen Persönlichkeiten rechnet. Einen einzigen Erfolg hat er gehabt: der junge Herr Dr. Wiktora (Name symbolisch!) erkundete sich durch Mittelpersonen, wie sich seine Liebtie aufführe. Sie berichten, daß bei ihr ein Mann ein- und ausgeht. Die Kunststimme stimmt, bezieht sich aber auf den Doktor selbst, den die Mittelpersonen nicht von Ansehen kennen. Darumhin entbrennt in Dr. Wiktora die Eifersucht gegen den Nebenbuhler, als gegen sich selbst. Um dieses winzige Idechen hat Herr Gutschalk seine Komödie „Jedermann sein eigener Hahnrei“ geschrieben, ohne persönliche Note und ohne das geringste künstlerische Können. Mit lächerlichen Wäghen verliert er einen visionären, lustig-phantasiehaften Stil zu schaffen und bringt nur eine dilettantenhaftes Gemischel zusammen, in dem die sprachlichen Gedanken bis zur Unerträglichkeit breiigetreten werden. Und so was führt er auf. Jedermann sein eigener Wühler.

In dieser dramatisch kümmerlichen Zeit treibt uns die Hoffnung, endlich einen Stern aufzutauchen zu sehen, immer wieder ins Theater, auch in Vorstellungen, die von vornherein Mißtrauen erwecken. Die sonntägliche sogenannte literarische Matinee bringt Herrn Gutschalk verdienstmäßig in Mißtrauen, aber manche aufstrebenden Talente ebenfalls. Sie sollen sich bei ihm bedanken, wenn dem Kritiker eines Tages die Lust vergeht, literarische Matineen zu besuchen. Die Darsteller unter Robert v. Keilhau Regie paßten sich der Form der Komödie an. Sie übertrieben und setzten Poenien auf, wo keine waren. Es ergab sich ein schrecklich lächerliches Getöse, bei dem sich Französisch besonders hervortat.  
Dgr.

Der „Falschmünzer“ Julius Bab. Wie aus Freiburg i. B. gemeldet wird, wurde der Berliner Kritiker Julius Bab der sich auf einer Portratreise befindet und Sonntagabend in Freiburg einen Vortrag über Bernard Schöw gehalten hatte, Montag früh um 1/7 Uhr wegen Falschmünzerei verhaftet, jedoch um 8 Uhr wieder freigelassen, da sich herausgestellt hatte, daß ein Hochkapler, der für die Falschmünzerei in Frage kommt, sich als Julius Bab ausgegeben hatte.

Im Verein für Deutsches Kunstgewerbe. Am 18. Museumdirektor Dr. Kessler aus Berlin über „Wohin gehen wir in unserer Kunstgewerbe?“ mit Bildnissen. Der Vortrag findet im Hofsaal des alten Kunstgewerbe-Museums, Pring-Allee-Str. 7a, statt. Beginn pünktlich 8 Uhr abends. Eintrittskarten am Saalbeginn.

Die Galerie J. Casper, Kurfürstendamm 233, eröffnet am 12. eine Rollendausstellung von Jean von Arle, Kallimachos (Gemälde) und von J. Kallimachos (Plakat). Außerlich bleibt in den vorherigen Sälen die schon eröffnete Ausstellung von Alfred Parillel und deutschen und französischen Künstlern.

Boul. Cassier, Villarsstr. 35, eröffnet am 12. eine Sonderausstellung von J. Kallimachos. Es werden erstmalig einen umfassenden Ueberblick über das malerische Werk des Künstlers gibt.

Die Künstlerinnen-Gruppe „Der Ring“ hat ihre 5. Ausstellung im Charlottenburger Rathaus eröffnet.

## Das ungeborene Heer.

Von Hermann Schühinger.

Seit einigen Wochen geistert ein sonderbares Gespenst durch die Gehirne der aufs Weltteil gefahnen Generale der europäischen Armeen und droht im Zweifelsfall blutigen Phantasien den Frieden Europas — das ungeborene Heer! Colonel Fabry, der nationalistische Einpeitscher der französischen Deputiertenkammer, hat das Gespenst erfunden und wie ein Bad Lumpen seinen deutschen „Kollegen“ zugeworfen, und nun spukt das Unheil im Kopf unserer „militärischen Professoren“, der Generale Zwehl, Gramos, v. Kuhl, und verfabautert die Spalten der „Kreuzzeitung“ und des „Tag“.

Bei Licht besehen, steckt folgende Wahrheit hinter der Spukhaften Geschichte: Durch den Geburtenrückgang während der Kriegszeit, der sich ja bei den „Schlappen“, „verweidlichten“ Franzosen besonders katastrophal ausgewirkt haben soll, während der deutsche Soldat bekanntlich nie zur Front zurückgekehrt ist, ohne seine Frau geschwängert zu haben, wird für den französischen Heereserfahrer der Jahrgänge 1935 bis 1939 ein großes „Vakuum“ errechnet und angenommen, daß die Zahl der tauglichen Franzosen in dieser herrlichen bzw. fürchterlichen Zeit höchstens 120 000 bis 140 000 Mann betrage!

Was für Perspektiven eröffnen sich da für unsere Generale! Colonel Fabry wettert mit blauretem Gesicht gegen die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit; denn: „In zehn Jahren ist unser Feldheer auch nicht stärker als die deutsche Armee.“ General v. Zwehl aber zwinkert den Jungen vom Stahlhelm und Bismarck bedeutungsvoll zu: „Bartel, wartet nur ein Weilschen — in zehn Jahren sind sie auch nicht stärker gerüstet als wir!“

So geht das Gespenst der ungeborenen Armee heute schon um und erschreckt den französischen Kleinbürger und Banern der Grenzgebiete — und erfährt den deutschen und den französischen General! Eigentlich rührend, diese Fürsorge um die Kraftquellen der Nation! Sie kümmern sich nicht allein um das lebende und im Weltkrieg abgemurkste, sondern auch um das ungeborene Kanonensputz ihrer eigenen und der freundschaftlichen Armee — und abdieren und subtrahieren beim Lampenlicht, im Großvaterstuhle hinter dem Ofen, das Rohensell über dem gültigen Rücken, und besonnen sich am Schilmerpompisch und am nächsten Krieg! — Aber: bis dahin, bis 1939 sind sie ja längst tot, die alten Kanaker. — Nicht nichts: „exoriare aliquis“. Aus ihren Knochen noch hoffen sie den Krieg zu gebären!

## Die zweite Tanzmatinee der Volksbühne.

Es war ein Experiment. Nur männliche Tänzer erschienen auf der Bühne. Der moderne Tanz ist Schöpfung eines Mannes. Doch als Ausübende überwiegen noch immer die weiblichen Künstler.

Werden drei tanzende Männer ein Programm füllen? Ihm die notwendige ergänzende Umkleung geben? Die drei Künstler, die wir Sonntag sahen, vertreten drei verschiedene tänzerische Typen: Harald Kreuzberg, der leichte, fast knochenhafte lyrische Hochtänzer, Kurt Jooz, der ausdrucksmächtige dramatische Tänzer, Julian Aljos, der geistreiche Erfinder körperlicher Balladen und Romane. Trotzdem ist die Matinee unter einer gewissen Einseitigkeit. Schuld trägt das Programm, in dem der Großteil ein zu breiter Raum gewährt war. Der zweite Teil hatte fast Variétécharakter.

Aber das eine, die Hauptsache, trat klar und überzeugend zutage: Wir haben wieder männliche Tänzer, die nicht nur, wie die Gummiplüppchen des russischen Balletts, Akrobaten sind, sondern schöpferische Künstler, die eigenes seelisches Erleben in körperlichen Formen zu gestalten wissen. Das bewies Kreuzbergs einsamstehendes duistiges „Lagiero“, sein in glühenden Bogen dahinrauschender „Lango“ und vor allem der jenseitsaustrittende, atem- und besinnungsraubende „Aufruf“ — alle drei als klassische Gipfelklimmungen der modernen Tanzbühne anerkannt. Das bewies Kurt Jooz, das frühere Mitglied der Labon-Gruppe, jetzt am Stadttheater Münster i. W., der in den technisch fabelhaften Leistungen seines „Regard“ eine hinreißende elementare Macht entwickelte und in der forrierenden Komik des „Fortritt 1924“ glänzte. Gegenüber diesen beiden erstklassigen Meistern hatte der jugendliche Julian Aljos (vom Reichlichen Staatstheater Gera), der für den erkrankten Jo Bisher eingespungen war, allerdings keinen leichten Stand. Aber ein solches technisches Können und eckritische, die Grenzen seiner Beherrschung klar veranschaulichende Kompositionen zeigten ihn als einen selbständigen, ernst, sympathischen Künstler.

Das Publikum, das den gemaltigen Raum des Theaters am Bälowsplatz fast bis auf den letzten Platz füllte, sorgte nicht mit seinem Beifall. Kreuzbergs „Aufruf“, Joozs „Fortritt“ und Aljos „Magorisches Tanzlied“ wurden am lautesten bejubelt.  
John Schilowill.

Abbau Bergs „Woyze“ ist seit vielen Jahren die erste Aufführung in der Berliner Staatsoper. Das verdient gesagt zu werden, einerseits, ob die Annahme der Initiative von Schillings oder der ehehemten Durchsetzung Kleibers zu danken ist. Das in allen großen Tänzungen des Grauens sich spiegelnde Werk wurde für Kleiber zum Ausgangspunkt seiner besten, artistisch-genialen Deutlichkeit. Das Dreieck sprengte alle Fesseln traditioneller Melodiebewegung und schwebte im Spiel dynamischer Ekstase. Das Trauerspiel wurde durch eine in fanatischer Wildheit mahnende, alle Sinne packende Musik zu einem erschütternden und entsetzenden Erlebnis. Dies ist eine Einmaligkeit, die durch die großartig formende Hand eines fähigsten Musikers auch in den großartigen Aktionen nicht vom tragischen Thema ablenkt. Ein Ereignis, dem kein ähnliches zur Seite steht, zur Seite stehen darf. Es wurde von den Modernen im Publikum jubelnd begrüßt, wodurch die Stimmung lit, es wurde von den andern schweigend abgelehnt, wozu kein künstlerischer Anlaß vorlag. Eine Morität gewiß, aber eine auf jenen Höhen, wo das Schicksal zu geistern, mit Menschen zu spielen magt. Kleiber, Schühendorff, Sigrid Johanson,

# Beamtendebatte im Reichstag.

Der Kampf gegen die Diktatur Luthers.

Der Platz des Präsidenten, der am Montag seinen 50. Geburtstag feierte, ist mit drei großen Blumensträußen geschmückt. Am Regierungstisch hat der Reichskanzler Dr. Luther Platz genommen. Das Haus ist sehr gut besucht. Um 3 Uhr 15 eröffnet Präsident Lübbe die Sitzung mit den Worten: Ich höre, Herr Abg. Fehrenbach will vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort nehmen.

Abg. Fehrenbach (Z.): Der Präsidentenplatz ist zur Feier des 50. Geburtstages unseres Herrn Präsidenten mit Blumen geschmückt. Es ist ein neidlos jugendlicher Geburtstag. Diese Jahre sind voll Mühe und Arbeit, aber auch von reichem Erfolge gewesen. Deshalb betrachte ich die Ehre seines Präsidenten als seine eigene Ehre. Ohne auf die ausgezeichneten Präsidialleistungen unseres Herrn Präsidenten jetzt einzugehen, glaube ich mich heute begnügen zu sollen mit den herzlichsten Glück- und Segenswünschen für die weiteren Jahre unseres Herrn Präsidenten. (Lebte Bravo!) Und ich bin glücklich, im Namen des Reichstages diesen Gefühlen die Verehrung mit herzlichsten Wünschen Ausdruck zu geben. Der Redner ruft dem Präsidenten zu: Ad multos annos! (Noch viele Jahre!) Verehrt Herr Präsident.

Präsident Lübbe erwidert darauf: Lieber Herr Kollege Fehrenbach, meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die außerordentlich freundlichen Worte, die ich etwas unerdient empfinde. Habe ich doch nur mein Amt so verwalten können, weil ich vorher die Mithilfe meines Vorgängers lange genug kennengelernt habe, und weil Sie alle mit der Freundlichkeit und Liebe entgegenkommen sind, die eben wieder aus den Worten des verehrten Herrn Redners sprachen. Was er zuviel gerühmt hat, werde ich versuchen, in den nächsten Jahrzehnten nachzuholen. (Große Heiterkeit.) Wahrscheinlich werde ich in den nächsten Tagen gar nicht dazu kommen, die überaus große Fülle von Glückwünschen zu beantworten, die mir aus allen Ecken und aus allen Teilen des Reiches zugegangen sind. Deshalb erlaube ich mir, diesen Dank hier gleich anzuschließen. (Lebte Bravo!)

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Auf Antrag des Abg. Fried (DfL) wird beschlossen, den deutschnationalen Antrag über die Vorlage einer Denkschrift über die Pensionsansprüche der bisherigen Reichsminister mit der Beratung über die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu verbinden.

Abg. Morath (DfP) gibt den Bericht des Ausschusses über die Verhandlungen. Der Ausschuss empfiehlt, die Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalen abzulehnen, dagegen folgende Entschlüsse anzunehmen:

- Die Reichsregierung zu ersuchen, den allgemeinen Steuerzuschlag für die Beamten der Gruppen I—IV von 12% auf 25% zu erhöhen.
- für die Beamten der Gruppen V—VI von 12% auf 20% zu erhöhen. Die Beträge können kapitalisiert und in einmaliger Summe ausgezahlt werden.

## Reichskanzler Dr. Luther

erklärt, daß auch die Regierung den Wunsch habe, den Beamten eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen. Aber die Form, in der der Haushaltsausschuss die Unterstützung beschlossen habe, sei ein Vorgriff auf eine künftige dauernde und grundsätzliche Regelung. Die Regierung könne in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung einer solchen Regelung nicht zustimmen, sondern bitte den Reichstag, einen Änderungsantrag der Bayerischen Volkspartei zum Beschluß zu erheben. Dieser Voranschlag habe bessere Aussichten auf die Zustimmung des Reichstags.

Der vom Reichskanzler zur Annahme empfohlene Änderungsantrag lautet und lautet (Bayer. Pp.) hat folgenden Wortlaut:

- Als einmalige Notmaßnahme wird noch vor Weihnacht beschlossen:
- 1. den Beamten, Witwen- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angehörigen der Gruppen I—IV eine Zulage in Höhe von einem Viertel des ihnen für Dezember 1923 zutreffenden Monatsbezuges, den Beamten der Gruppen V und VI eine solche in Höhe von einem Fünftel des Monatsbezuges, mindestens aber a) den Ledigen 30 RM., b) den Empfängern eines Frauenschlags 35 RM. statt 30 RM., c) den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeiträgen für jedes Kind, das für den Dezember 1923 ein Kinderzuschlag oder eine Kinderbeihilfe gezahlt ist, außerdem je 5 RM., d) den Witwen insgesamt 10 RM.;
- 2. den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der ihnen für Dezember 1923 zutreffenden Bezüge.

## Abg. Bender (Soz.)

erinnert an die Versprechungen, die die Reichsparteien vor der Wahl dieses Reichstages und bei seinem Zusammentritt den Beamten gemacht hatten. Später haben die Reichsparteien alle Versprechungen vergessen, sie haben sogar ihre schönen Anträge verleugnet, als sie zur Beratung und Abstimmung kamen. Mit der von der Bayerischen Volkspartei und der Regierung vorgeschlagenen Regelung mit der Auszahlung von einmaligen Unterzahlungen wird man die Beamten nicht beruhigen, sie wird

## nur neue Entlastung schaffen.

Leider ist die von der Regierung dem Ausschuss vorgelegte Denkschrift über die angebliche Belastung der Finanzen durch die zur Beamtenbesoldung gestellten Anträge dazu benutzt worden, um eine neue Hebe gegen die Beamten zu führen. So hat die „Arbeitgeber-Zeitung“ behauptet, daß 62,5 Proz. aller Einnahmen für Beamte und Pensionen verwendet werden, auf den Kopf müsse die Bevölkerung 135 M. für sie zahlen. Diese Behauptungen sind aufgestellt worden auf Grund der Ziffern, die aus dem Reichsfinanzministerium stammen. Es wird aber dabei verschwiegen, daß darin auch die sozialen Renten, die Unterzahlungen für die Kriegsooper, für Pensionen usw. stecken. Wenn man alle diese Ausgaben abzieht, so kommt man vielleicht zu dem fünften Teil des Betrages, der von dem Blatt angegeben worden ist.

Wenn der Reichstag eine Erhöhung der Bezüge der Beamten beschließt, dann muß er auch

## für die Arbeiter in derselben Weise sorgen.

Seit dem Dezember des vorigen Jahres haben die Beamten keine nennenswerte Zulage mehr erhalten, ihre Bezüge sind im ganzen um 2 Proz. gesunken, gegenüber der Erhöhung der Lebenshaltungskosten sind sie um mindestens 8 Proz. zurückgeblieben. Es muß also unbedingt ein Ausgleich vorgenommen werden. Es scheint, als wenn der zweite vom Reichskanzler angegebene Punkt, daß einer künftigen Regelung der Besoldungsfrage nicht vorgegriffen werden soll, ausschlaggebend für die geschäftsführende Regierung ist. Wenn es sich um Zulagen für höhere Beamte handelt, dann ist man nicht so zurückhaltend.

Einige Worte zu dem Antrag der Deutschnationalen auf Vorlage einer Denkschrift über die Bezüge der Reichsminister. Wir haben den Antrag gestellt, in diese Denkschrift auch die Bezüge der früheren Minister des kaiserlichen Deutschlands aufzunehmen, sowie die Pensionen der Generalfeldmarschälle, Generale usw. Ich hoffe, daß der Reichstag auch unserem Antrag seine Zustimmung geben wird. (Lebte Beifall bei den Soz.)

Abg. Coverenz (DfL) weist auf die vielen Regierungserklärungen hin, in denen der Wille betont wurde, der Notlage der Beamten abzuhelfen. Es ist der Regierung der Vorwurf zu machen, daß sie sich allen Anregungen gegenüber so lange in Schweigen gehüllt und selbst keine Vorschläge gemacht hat. Mit dem Antrag der Bayerischen Volkspartei sind wir nicht einverstanden. Die gegen

# Der Fall Schillings.

Debatte im Landtag. — Eine Rede des Kultusministers.

Im Landtag wurde zunächst die Einzelberatung zur dritten Lesung des Haushalts beim

## Landwirtschaftssetat

fortgesetzt. Landwirtschaftsminister Steiger beantwortet die Interpellation Dr. Heß (Dnat.) über die Pferdeeinfuhr aus Rußland dahin, daß Heß und Stuten von Rußland überhaupt nicht eingeführt werden dürfen, um der Seuchengefahr zu begegnen. Mit besonderem Interesse würde die dänische Pferdeeinfuhr beachtet.

In der Aussprache erklärt Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnat.), beim Abschluß von Handelsverträgen seien die Interessen der Landwirtschaft zu wenig berücksichtigt. Eine klare Erklärung sei erforderlich, in welcher Weise die Saatgut- und Erntebereitungsarbeiten verlängert werden sollen, damit der Landwirt disponieren könne. Solange ein Ministerium Braun besteht, kann es in Preußen nicht aufwärts gehen. (Beifall bei den Dnat.)

Abg. Schmeier (Z.) bespricht die Frage der Aufwertung landwirtschaftlicher Hypotheken und der Rückzahlung der landwirtschaftlichen Kredite, die verlängert werden müßten.

Abg. Dr. Schöten (D. Pp.) bespricht den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Bereitstellung von Mitteln zur Erforschung der Landarbeitfrage. Dieser Antrag sei von allen Parteien angenommen worden, und gerade in einer Zeit der Not sei die Vertiefung der Lehre von der Landarbeitserforschung von besonderer Dringlichkeit.

Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) verweist auf die Landflucht der Arbeiter, die er auf die Hungerlöhne und die Ueberarbeituna zurückführt.

Abg. Wachhorst de Wente (Dem.) betont zwar auch die frühe Lage der Landwirtschaft, meint aber, der Staat könne der Landwirtschaft nicht die Rentabilität garantieren; hier solle vielmehr die Selbsthilfe stärker hervortreten. Der Staat müsse aber für niedrige Zinsen und langfristige Kredite, sowie eine Ermäßigung der Steuern und Vereinfachung des Steuerwesens sorgen.

Landwirtschaftsminister Steiger betont, in der Siedlungsfrage wolle er sich allgemeiner Äußerungen enthalten, weil dieses Thema so wichtig sei, daß er es mit Einzelheiten und ausführlichem Material würdigen müsse. Das würde geschehen, sobald das Material zusammengestellt ist.

## Ein Regierungsvertreter gibt hierauf zur Frage des Zusammenbruchs der Landbank

eine Erklärung ab, in der es heißt: Es ist gefragt worden, ob die Staatsregierung bereit wäre, für die Siedlerinteressen tatkräftig einzutreten, die durch einen Zusammenbruch der Landbank gefährdet wären. Sollte durch einen finanziellen Zusammenbruch der Landbank die Existenz von Siedlern gefährdet werden, so ist die Staatsregierung bereit, zugunsten dieser Siedler helfend einzugreifen. Hierzu werden weniger dringliche Mittel erforderlich sein als zur Stützungsaktion der Landbank. Wenn im übrigen behauptet wird, daß die Staatsregierung die Siedlungsfrage neuerdings für weniger dringlich halte, so ist das selbstverständlich unrichtig.

Damit ist die Beratung des Landwirtschaftshaushalts erledigt. Es folgt die dritte Beratung des

## Kultushaushalts.

Abg. Schwarzhauf (D. Pp.) erstattet den Ausschussbericht über die Anträge v. Campe (D. Pp.) und Fall (Dem.) auf Errichtung einer pädagogischen Akademie auf simultaner Grundlage.

Abg. Wildermann (Z.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Zentrumsfraktion erblickt in dem Antrage auf Errichtung einer simultanen pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M. einen Versuch, die Grundlage der Referatenschule zu unterhöhlen und die Simultanische in Nassau zu verewigen. Die Zentrumsfraktion lehnt die Gründung einer Simultanakademie ab und macht darauf aufmerksam, daß diese Gründung der Reichsverfassung widerspricht. Diese Ansicht hat auch die Staatsregierung im Ausschuss mit großem Nachdruck vertreten. Das Zentrum lehnt die Verantwortung für die äußerst bedenklichen Folgen ab, die sich unvermeidlich aus der Gründung einer Simultan-Akademie ergeben müssen. Es behält sich vor, daß, wenn der Antrag auf Gründung der Simultan-Akademie angenommen wird, es die Errichtung dieser Akademie mit allen geschäftlichen Mitteln verhindern kann. (Beifall im Zentrum.)

## Der Fall v. Schillings.

Zu der Angelegenheit des Intendanten v. Schillings, die dann zur Sprache kommt, liegen von der Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialistischen Partei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung Anträge gleichen Inhalts vor, die verlangen, daß die fristlose Entlassung des Intendanten v. Schillings zurückgenommen und für das Rechnungsjahr 1923 im Kultusetat eine planmäßige Stelle für Musikpflege und für das Theaterwesen nicht mehr geschaffen wird.

Abg. Baerz-Berlin (Dnat.), der in der Debatte zu diesem Thema zuerst das Wort nimmt, betont, daß seine Fraktion den Anträgen zustimmen wird. In der Verwaltung der Oper sei nicht alles in Ordnung gewesen. Der Grund der Zuspaltung liege aber nicht hier. Der Redner zeigt dann an der Gesamtsittlichkeit des Herrn v. Schillings die Verdienste des Intendanten um die Staatsoper auf. Die Herren im Ministerium hätten ihre Hände zuviel in Kaufmännische gestellt. Das Vorgehen des Ministeriums gegenüber v. Schillings widerspreche der Tradition und entbehre der richtigen Einschätzung des Künstlers. (Lebhafter Beifall rechts; Widerspruch links und in der Mitte.)

Abg. Frau Lehmann (Dnat.) wendet sich gegen die vor einiger Zeit in der Debatte aufgetauchte Behauptung, es sei in den Jahren nach der Revolution an Kulturlandungen mehr geleistet worden als 50 Jahre vorher. Das müsse bestritten werden. Es sei z. B. gerade sehr still um das Problem der Einheitschule geworden.

Abg. Dr. Schwering (Str.) erklärt, man müsse im Fall Schillings scheidet zwischen Künstler und Verwaltungsmann. Es ist eigenartig, daß Herr von Schillings heute von Kreisen gelobt wird, die ihn früher unerhört heruntergerissen haben, so von Zeitungen, die früher den künstlerischen Tiefstand der Berliner Oper mit seiner Person in Zusammenhang gebracht haben. Wir vom Zentrum sind der Ueberzeugung, daß die Maßnahmen des Ministeriums keine anderen sein konnten. (Lebhafter Beifall rechts.)

den Minister Schiele gerichteten Angriffe haben sich als durchaus unberechtigt erwiesen.

Abg. Morath (D. Pp.): Die Beamten auch der unteren Besoldungsgruppen empfinden es als ungerade, daß die höheren Besoldungsgruppen leer ausgehen sollen. Wir lehnen eine Regelung ab, die sich nur auf die Gruppen I bis VI erstreckt.

Abg. Erving (Str.) tritt für den Antrag des Haushaltsausschusses ein. Auch er bringe den Beamten keine ausreichende Hilfe, aber er verleihe wenigstens dem dringenden Ruf nach Abhilfe. Eine volle Beiriedigung der Beamtenwünsche werde nicht möglich sein, so lange 90 Proz. der deutschen Bevölkerung sich in schlechterer Lage als vor dem Kriege befinden.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt nochmals den Antrag des Hauptausschusses für unannehmbar.

Abg. Buchhorn (D. Pp.) bezeichnet den Fall Schillings als einen Fall des Kultusministeriums, dessen Helotenbehandlung sich das ganze geistige Deutschland verbitten müsse. (Stürmische Zustimmung rechts und Juriste; Demokratie!) Kaum hätte Böelig den Ministerstuhl verlassen, da hätten Kestenberg und Seelig Morgenluft für ihr Spiel gegen Schillings gemittelt.

## Abg. König-Swinemünde (Soz.)

demoskiert die Heuchler auf der Rechten, die sich jetzt auf einmal fürchterlich heftig für die Freiheit der Kunst einsetzen, während sie noch vor kurzem gegen den Intendanten des Staatstheaters Herrn Jehner, Material sammeln ließen. Herr Jehner wurde bespöttelt, ob er nicht im Interesse pazifistischer Ideen gewisse Stellen im „Wallenstein“ streichen lassen. Diefelben Herrschaften, die plötzlich als Anwälte für die Freiheit der Kunst auftraten, waren auf den Protestversammlungen der Künstler, die vor kurzem zum Schutze der Kunst stattfanden, nicht zu sehen, und die deutschnationalen Blätter haben von der Protestaktion kein Wort gebracht. Sehr eigenartig berührt die scharfe Frontstellung der Deutschen Volkspartei gegen die am Konflikt von Amts wegen beteiligten Referenten des Ministeriums. Der ehemalige Kultusminister Böelig hat mit diesen Referenten drei Jahre zusammen gearbeitet, und der Abgeordnete Buchhorn hat noch vor ganz kurzem für den Antrag gestimmt, der die Posten dieser Referenten stotzmäßig macht. (Hört! Hört! links.) In der ganzen Aussprache ist bis jetzt kein Beweis dafür gebracht worden, daß Schillings als Künstler in der Ausübung seines Berufes irgendwie gehindert wurde. Es handelt sich bei dem Streit nur um den Intendanten und mit diesem war für das Ministerium ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich. Es ist doch schließlich kein Zufall, daß überall das Zusammenarbeiten mit den Intendanten z. B. in Wiesbaden, Kassel und am Berliner Staatstheater ohne Reibung vor sich geht. Das zeigt deutlich, daß die Konfliktsursachen nicht im Ministerium, sondern beim Intendanten der Berliner Staatsoper lag. Da ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich war, mußte das Verhältnis zum Intendanten vom Ministerium gelöst werden. (Zustimmung links.) Zum Schluß fordert Gen. König, daß die im Unterrichts-ausschuss bereits angenommenen Anträge auf Schaffung einer simultanen pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M. eine Fassung erhalten, wonach die Zusammenfassung des Lehrkörpers und die Gestaltung des Unterrichts so eingerichtet werden müssen, daß jeder, der die Universitätsreife erlangt hat, unabhängig von seiner Religion oder Weltanschauung seine Ausbildung erhalten kann. Diese Fassung will vor allem den Dissidenten den Zutritt zur Akademie ermöglichen. —

## Kultusminister Becker

führt dann in einer längeren Rede über den Fall Schillings u. a. aus: Der Fall Schillings ist kein politischer und gewiß kein parteipolitischer Fall. Es steht vielmehr das Problem der staatlichen Kunstpflege zur Debatte, eines der wichtigsten Kulturprobleme der Gegenwart. Für die Entlassung des Herrn v. Schillings trage ich nicht nur die formelle Verantwortung, sondern ich trage sie auch sachlich, da ich die Angelegenheit des Herrn v. Schillings, gerade wegen meiner Verehrung für den Künstler, seit Jahren verfolgte und nichts Ähnliches in dieser Sache ohne meine Ermächtigung geschehen ist. Man kann von mir nicht erwarten, daß ich Referenten, an deren Integrität ich nie zu zweifeln Gelegenheit hatte, und denen der Landtag wiederholt seine Anerkennung ausgesprochen hat, auf Grund einer im Augenblick vielleicht überschätzten Unbeliebigkeit aus ihrer Stellung entferne. Auch mein Herr Vorgänger hat hierzu keine Veranlassung gehabt. (Beifall links, Stille rechts.) Das Zusammenarbeiten mit Herrn v. Schillings war nicht mehr möglich, weil er als Intendant zur Führung der Geschäfte denkbar ungeeignet war. Wenn trotzdem der Vertrag mit ihm erneuert worden ist, so trägt die parlamentarische Verantwortung dafür mein Vorgänger. Ich war allerdings die treibende Kraft dazu, weil ich um der künstlerischen Persönlichkeit Schillings willen auch glaubte, größere Untüchtigkeiten in Kauf nehmen zu müssen. Die schwersten Bedenken sind auch erst nach der Vertragserneuerung entstanden, sie waren so, daß ich mit meinen Referenten, allen verehrten Beamten, und dem Herrn Finanzminister schließlich zu der Meinung kommen mußte, daß ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich war. Der Vertrag wurde fristlos gelöst, weil es für Verträge, wie Herr v. Schillings einen hatte, eine andere Lösung nicht gibt. Darüber müssen die Gerichte entscheiden. Ich sehe hier eine Lücke im Gesetz.

Abg. Allan (Komm.) betont, die kommunistische Fraktion verurteilt das Verhalten des Herrn von Schillings, der politisch und künstlerisch reaktionär eingestellt sei.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) Der Fall v. Schillings zeige die Rechte in einer ganz neuen Situation, nämlich als Verteidiger der Kunst. Das Vorgehen des Herrn von Schillings sei nicht zu verteidigen. Aus Gründen der Staatsautorität und angesichts des Verhaltens des Herrn v. Schillings könne seine Partei dem Antrag der Deutschen Volkspartei nicht zustimmen. Zu wünschen sei, daß man, nachdem der Staatsautorität Genüge geschehen ist, auch dem Künstler und Menschen die Hand reiche.

Abg. Dr. Kant (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die Stellung des Ministers im Fall Schillings.

Abg. Dr. v. Brehmer (DfL) bezeichnet es als merkwürdig, daß nach der Entlassung Schillings plötzlich Geld zur Durchführung aller Reformen, die Schillings forderte, ihm aber nicht bewilligt wurden, da wäre. Der Fall Schillings sei ein Beispiel dafür, wie ein unbequemer Mann mit allen Mitteln besetzt werden soll. Den bekämpften Vertrag mit Barbara Kemp habe nicht Schillings, sondern Winter gemacht, und er habe die Genehmigung des Ministers gefunden. Das holländische Gasspiel habe 10 000 M. plus gehabt. Der Minister habe der deutschen Kunst im Inland und Ausland Schaden zugefügt. (Ordnungsruf des Präsidenten.)

Nach Schluß der Aussprache gibt Abg. Böllh (D. Pp.) eine Erklärung ab zu der Behauptung des Ministers Becker, er, Böllh, sei als Minister selbst gegen eine Erneuerung des Vertrages mit Schillings gewesen. Redner habe nie die Absicht gehabt, sich der Persönlichkeit des Herrn von Schillings zu entziehen.

Dienstag vormittag 11 Uhr: Fortsetzung der Einzelberatung. Kleine Vorlagen. — Schluß: 7 Uhr.

Abg. Torgler (Komm.) macht den bürgerlichen Parteien den Vorwurf, sie hätten den Beamten bei den Wahlen goldene Berge versprochen, um jetzt alle Versprechungen zu vergehen.

Abg. Schudt-Siedlich (Dem.) weist für seine Partei den Vorwurf des kommunistischen Redners zurück, daß die Demokraten den Beamten Versprechungen gemacht hätten, ohne an ihre Erfüllung zu denken. Es sei falsch, wenn die Regierung meint, der Antrag des Hauptausschusses bedeute eine Festlegung für die Zukunft. Die Regierungsdenkchrift sei irreführend und geeignet, die Öffentlichkeit in tendenziöser Erfindung der Tatsachen gegen die Beamten einzunehmen. (Lebhafter Zustimmung links.)

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß von den Sozialdemokraten namentlich die Abstimmung über den Antrag des Haushaltsausschusses beantragt worden ist. — Die Weiterberatung wird nach 7 Uhr auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Verhandlungen bei der Reichsbahn gescheitert.

RS. Die Verhandlungen, die am gestrigen Nachmittag um 3 Uhr zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und den Tarifgewerkschaften der Eisenbahner wegen der von dem Personal geforderten allgemeinen Lohnaufbesserung gepflogen wurden, sind, wie wir hören, ergebnislos abgebrochen worden. Wie wir von gewerkschaftlicher Seite hören, lehnten die Vertreter der Reichsbahngesellschaft jede Aufbesserung der Bezüge ab, obwohl sich die Eisenbahnerorganisationen bemühten, eine Verhandlungsbasis zu schaffen. Das einzige Gegenkommen, das die Reichsbahn zeigte, sei die Zusage gewesen, daß die bisher gezahlten Löhne nicht weiter abgebaut werden sollten. Zur Begründung dieser Ablehnung wurde nicht wie bei früheren Gelegenheiten auf die Finanzlage der Reichsbahn hingewiesen, sondern es wurden andere Gründe angeführt, die von den Gewerkschaftsvertretern als nicht stichhaltig bezeichnet wurden.

Die Organisationen der Eisenbahner werden im Laufe des heutigen Tages zu dem negativen Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen und es ist nach Lage der Dinge zu erwarten, daß man sich an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen, ein Schlichtungsverfahren in die Wege zu leiten, wenden wird.

## Die Lohnbewegung im Eisenbahnbetrieb.

Zm Sonnabend und Sonntag tagten in Berlin Vorstand und Verbandsbeirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Sie beschäftigten sich eingehend mit der Lohn- und Gehaltsbewegung im Eisenbahnbetrieb. Das Ergebnis der Aussprache fand in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschließung seinen Niederschlag:

„Der Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nahmen in seiner Sitzung vom 12. und 13. Dezember zu dem Stand der Lohn- und Gehaltsbewegung Stellung. Er kommt nach eingehender Aussprache zu der einstimmigen Ansicht, daß die Notlage des Eisenbahnpersonals die äußerste Grenze erreicht hat.“

Die in das Ungemessene gestiegene wirtschaftliche Notlage, unter der in erster Linie die Arbeiter aller Lohngruppen sowie die Beamten der unteren und mittleren Gehaltsgruppen zu leiden haben, erfordert ausreichende und schnelle Hilfe. Die Konferenz erklärt sich mit dem Vorstand getroffenen Maßnahmen voll einverstanden und beauftragt ihn, alles Erforderliche zu unternehmen, um die verarmte wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Beamten zu bessern.

Der Vorstand und Beirat nimmt Kenntnis von den auf die Gehaltsaufbesserung bezüglichen Beschlüssen des Reichstagsausschusses. Die Konferenz kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser Ausschuss bei seiner Beschlussfassung die Notlage der unteren und mittleren Beamtengruppen nicht voll gemüßigt hat und erwartet vom Plenum eine gründliche Revision zugunsten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen.

Von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft muß unbedingt gefordert werden, daß sie der Notlage der Lohn- und Gehaltsempfänger durch eine weitgehende Aufbesserung der Löhne und Gehälter Rechnung trägt.“

## Streikbrecher werden gesucht!

Wie wieson bereits in einer Notiz darauf hin, daß die Belegschaft der Pianomechanikfabrik von Walter Fauth, Schleifische Straße 18, sich im Abwehrstreik befindet. Herr Fauth verlangt von seinen Arbeitnehmern, daß diese einen Abzug von 25 Proz. hinnehmen, damit die Firma in der Lage ist, ihren Betrieb zu sanieren. Die organisierte Arbeiterschaft des Betriebes hat dieses Ansinnen abgelehnt, wogegen die sogenannten Schieber des Betriebes oder Vorarbeiter, wie sie sich bezeichnen, im Betrieb als Rausreißer fungieren. Der Betriebsleiter der Firma, Herr Paul Hedert, bemüht sich eifrig um Streikbrecher und läßt kein Mittel unversucht, um die streikenden Arbeiterinnen vom Streik abtrünnig zu machen. Folgendes Schreiben zeigt die Spekulation dieses ehemaligen Ausschlaggen:

„Ich höre, daß Sie in Not sind und stelle Ihnen anheim, die Arbeit bei mir wieder aufzunehmen.“

Meine Privatadresse ist: Neutölln, Schillerpromenade 3. Herr Hedert hat mit diesem Schreiben gleichfalls wenig Erfolg gehabt. Vielleicht ist es ihm möglich, durch diese Bekanntgabe die notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten, und wir empfehlen, daß die Interessenten Herrn Hedert in seiner Privatwohnung besuchen.

Von den Streikenden ist uns mitgeteilt worden, daß für längere Zeit die Invasidenmarken nicht geliefert worden sind. Die betroffenen Arbeitnehmer haben die Karten der Landesversicherung zwecks Kontrolle überwiesen.

**Wichtig! Holzarbeiter Sperre!** In der Tischlerei von Karl Streckler, Komintener Straße 36, stehen die Kollegen im Abwehrstreik! Herr Streckler hat einen Lohnabbau angedroht, gegen den sich die Ausständigen wehren. Die Firma sucht jetzt „Arbeitswillige“, die den Streikenden in den Rücken fallen sollen. Wir machen hiermit jeden Holzarbeiter auf diesen Betrieb aufmerksam und erwarten, daß es keinen Menschen gibt, der diesem konstanten Herrn Helferdienste leistet. Wer in diesem Betrieb Arbeit aufnimmt, verrichtet Streikbrecherarbeit, deshalb ist Zugang fernzuhalten.  
Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

## Der Konflikt in der Karosseriebranche.

Die Funktionäre der Karosseriebetriebe waren am Montag im Metallarbeiterverbandshaus versammelt, um erneut zu der Situation Stellung zu nehmen, die durch das Lohnabbauverbot der Unternehmer geschaffen wurde. Henschel vom Metallarbeiterverband gab den Situationsbericht. Bis zu Montagabend waren die Belegschaften von 14 Betrieben, darunter die Großbetriebe von Schebera-Renk, Raab, Erdmann und Koffi, Voll und Ruhrbed entlassen worden, da sie sich weigerten, zu den von den Unternehmern diktierten Löhnen zu arbeiten. In vielen anderen Betrieben arbeiten die Belegschaften zu den alten Bedingungen weiter. Dieses uneinheitliche Vorgehen der Unternehmer erklärt sich daraus, daß für die meisten kleineren Unternehmer eine Aussperrung ihrer Belegschaften gleichbedeutend wäre mit dem Zusammenbruch ihrer Unternehmen. Es hat überhaupt den Anschein, daß die Großunternehmer die Aktion nur deshalb eingeleitet haben, um sich der kleineren Unternehmer als lästige Konkurrenten zu entledigen. Daß die also vom Untergang bedrohten Unternehmer die Politik des Arbeitgeberverbandes der Karosseriebranche nicht mitmachen wollen, ist mehr als verständlich.

Die Funktionäre hielten im Auftrage ihrer Belegschaften den Beschluß vom Donnerstag voriger Woche aufrecht, sich auf keinen Fall dem Diktat der Unternehmer zu fügen, selbst wenn die Unternehmer diese Weigerung mit weiteren Entlassungen beantworten sollten. Da am Mittwoch zwischen dem Karosseriearbeiter und dem Arbeitgeberverband der Karosseriebranche Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss stattfinden, werden die Funktionäre am gleichen Tage erneut zusammenzutreten und zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen.

## Vorarbeiten zur internationalen Spaltung.

### Wie die Bolschewisten fälschen.

Unsere Bemerkungen zur Entschließung des englisch-russischen Beratungsausschusses scheinen sich schneller zu bestätigen, als wir vermutet haben. In englischen Gewerkschaftskreisen ist man offenbar unangenehm überrascht von dem in Berlin gefassten Entschluß, der die englischen Gewerkschaften verpflichtet, im Gegensatz zum IGB eine internationale Konferenz einzuberufen. Offenbar um die englischen Gewerkschaften in eine ausweglose Sackgasse hineinzuführen, wird mit den größten Entstellungen gearbeitet. So veröffentlicht der „Daily Herald“ in seiner Sonnabendnummer ein Interview seines Berliner Korrespondenten mit Genossen Leipart. Da heißt es:

„Herr Leipart gab zu, daß Amsterdam deshalb versucht, die amerikanische Federation of Labour hereinzubekommen, weil diese sich im Gegensatz zu den Russen befindet... Die Russen würden gleichfalls willkommen sein, wenn sie ihre Beziehungen zur kommunistischen Partei abbrechen würden.“

Dazu erklärt uns Genosse Leipart, daß er die von uns unter Fettdruck hervorgehobenen Redewendungen selbstverständlich nicht gebraucht habe. Er habe weder gesagt, daß man die amerikanischen Gewerkschaften zum Beitritt aufgefordert habe, weil sie Gegner der Russen seien, noch verlangt, daß die russischen Gewerkschaften ihre Beziehungen zur kommunistischen Partei abbrechen müßten. Genosse Leipart erklärt ausdrücklich, daß er im Gegenteil die Autonomie jeder Landeszentrale innerhalb des IGB, also auch der russischen betont habe.

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie im bolschewistischen Lager, in dem ja ein großer Teil der Mitarbeiter und Korrespondenten des „Daily Herald“ stehen, gearbeitet wird, um die Engländer zum Bruch mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu treiben.

Es bedarf keines Wortes, um zu betonen, daß die „Rote Fahne“ erst recht in diese Kerbe haut. Sie erzählt ihren gläubigen Lesern in Deutschland und Rußland, daß der „Vorwärts“ von den Beschlüssen des englisch-russischen Beratungsausschusses keine Kenntnis genommen habe. Unsere Leser wissen, daß wir die Entschließung wörtlich abgedruckt und entsprechend kommentiert haben. Dagegen vermissen wir sowohl in der Freitag-, wie in der Sonnabendnummer des „Daily Herald“ stehen, gearbeitet wird, um die Engländer die geradezu uffa wirkenden Fälschungen des Blattes immer entgegenzunehmen, verlohnt sich nicht... Sie gehen sogar soweit, dabei eine Rede von Winston Churchill gegen die englischen Sozialisten durch Einschaltungen und Ausschneidungen umzuwandeln in eine Rede zugunsten der Amsterdamer Gewerkschaften und gegen die englischen und russischen Gewerkschaften. Mit solchen plumpen Fälschungen arbeitet man unter dem Mantel der Einheitsfront auf die Spaltung der Gewerkschaften hin!

## Internationale Gemeindearbeiter-Konferenz.

Während die Debatten über den Geschäftsbericht des Internationalen Sekretärs van Hinte schnell zum Abschluß gebracht werden konnten, da gegen die Tätigkeit des Sekretärs keine Einwendungen gemacht wurden, entspann sich eine längere Debatte über eine Entschließung des Vorstandes der IGB, die sich zum Teil gegen die in Paris neu geschaffene Beamten-Internationale wendet, weil besonders in Frankreich und Belgien die Beamten und Lehrer dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind und demzufolge die IGB als allein zuständig erachtet wurde. Kechnisch scharf sprechen sich die skandinavischen Delegierten gegen die neue Beamten-Internationale aus, weil sie auch in einigen Ländern nicht freigewerkschaftlich organisierte Beamtverbände bis auf weiteres zuläßt.

Nordhoff (Holland), der gleichzeitig Vertreter des holländischen Krankenpersonals und internationaler Sekretär der Beamten-Internationale ist, schildert ausführlich deren Entstehung. Der Beamten-Internationale gehören zurzeit acht Länder an. Zur Frankreich (für die Hälfte der Mitglieder) und England gehören noch nicht den freigewerkschaftlichen Landeszentralen an. Nordhoff erklärt mit allen Kräften für deren baldigen Anschluß eintreten zu wollen.

Auf Grund dieser Ausführungen sowie Jelenkas (Oesterreich) und Eichenbergers (Schweiz) wird die vorliegende Entschließung entsprechend abgemildert und mit allen gegen die Stimmen der nordischen Länder angenommen. Sie lautet:

„Unter Berücksichtigung der Beschlüsse des internationalen Kongresses der Arbeiter öffentlicher Betriebe in Amsterdam 1919 sowie der Vorstandssitzung der IGB vom 9. Dezember 1925 zu Berlin beschließt der Kongreß der IGB, daß es Aufgabe aller Landesorganisationen ist, zunächst den engeren Zusammenschluß mit den freigewerkschaftlichen Beamtensorganisationen auf nationaler Grundlage durchzuführen und begrüßt es deswegen, daß in einigen Ländern schon Versuche in dieser Richtung gemacht werden.“

Dem Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner soll bis zu seinem Verbandstoge (Juni 1926) Gelegenheit gegeben werden, sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Deutschlands anzuschließen. Bis zu diesem Termin ist ihm die Zugehörigkeit zur IGB gestattet.

Die Gruppe Krankenpflegepersonal des IGB soll auch weiterhin der IGB angeschlossen bleiben können in der Erwartung, daß die Verhandlungen über den Zusammenschluß mit unserer holländischen Organisation zum Ziele führen.“

Am zweiten Tag eröffnet Will Thorne (England) die Diskussion über die vorliegende Entschließung gegen Russolinski und die Fajshisten. Er bringt zum Ausdruck, daß die englischen Arbeiter Protestkundgebungen beschließen hätten, falls Russolinski nach London kommen sollte. Die englischen Parlamentsvertreter der Arbeiterpartei erklärten, keiner Sitzung beizuwohnen, in der Russolinski anwesend sei.

Nordhoff (Holland) regt an, die Entschließung dem Völkerverband zugänglich zu machen. Der internationale Sekretär van Hinte sagt dies zu.

Levanan (England) drückt sein Erstaunen aus, daß ein so stolzes Volk wie die Italiener sich die Gewalt Herrschaft Russolinskis so lange gefallen lasse.

Hierauf wird eine Entschließung einstimmig angenommen, die den Kampf des IGB gegen den Faschismus billigt und den italienischen Berufscollegen weitestgehende Hilfe zur Wiedererringung der Reinigungs- und Koalitionsfreiheit zulaßt.

Nach einer kurzen Erörterung über die vom Vorstand vorgeschlagene Antitriestentschließung, an der sich Levanan (England), Nordgreen (Schweden), Palenstein (Berlin), Eichenberger (Schweiz) und Müntner (Deutschland) beteiligten, wird sie in folgender Fassung angenommen:

„Der Kongreß der internationalen Federation der Arbeiter in öffentlichen Diensten und Betrieben stellt fest, daß trotz der furchtbaren Erfahrungen in dem Weltkrieg 1914 bis 1918 die Kriegsgefahr auch jetzt noch immer besteht.“

Der Kongreß erklärt sich mit den auf den verschiedenen Konferenzen der freien Arbeiterbewegung gefassten Beschlüssen einverstanden, in welchen die Arbeiterklasse aufgefordert wird, für Ausrüstung und Frieden zu kämpfen.

Der Kongreß fordert die angegliederten Organisationen auf, dafür zu kämpfen, daß baldmöglichst die schon so oft angekündigte allgemeine Abrüstung durchgeführt wird. Erst nach erfolgter Abrüstung werden Staat und Gesellschaft die reichen Mittel freibekommen, um ihre großen sozialen Aufgaben zu lösen, insbesondere dem in öffentlichen Diensten und Betrieben beschäftigten Personal, das heute in allen Ländern die Hauptlasten für die Kriegserüstungen tragen muß, gestärkte Stellung und auskömmliche Lebensbedingungen zu gewähren.“

## Aus der Partei.

### Zum Fall Jenke.

Von der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten, Ortsgruppe Berlin, wird uns geschrieben:

„Die Münchener Universitätsbehörden haben dem kommunistischen Studenten Martin Jenke die weitere Zulassung zum Studium verweigert und damit offensichtlich gegen § 118 der Reichsverfassung verstoßen. Aus diesem Grunde hat der geschäftsführende Hauptvorstand des Verbandes sich an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewandt und von der in Frage kommenden Stelle die Zulassung erhalten, daß die Angelegenheit verfolgt würde; des weiteren hat der Hauptvorstand auf Grund des Beschlusses der Berliner, Freiburger und Bonner Gruppen sich auch nach München gewandt und von dort die Zustimmung erhalten, daß beim Kultusminister Rat eine Beschwerde anhängig ist, daß die Landtagsfraktion der SPD in München sich mit dem Fall befaßt und daß auch von Dozentenseite weitere Schritte getan werden. Da mit den Zustimmten das ausdrückliche Ersuchen verbunden war, vor Abschluß der Aktion und endgültiger Klärung des Sachverhalts von Kundgebungen Abstand zu nehmen, hat der Hauptvorstand von einer Beteiligung an einer von den Kommunisten und ihnen größtenteils nachstehenden Organisationen einberufenen Versammlung in gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand genommen, behält sich aber vor, falls keine befriedigende Regelung des Falles erfolgt, gegen diesen Verfassungsverstoß gemeinsam mit allen verfassungstreuen Studententreffen eine gemeinsame Kundgebung zu veranstalten.“

Die Adresse der in unserer Montag-Abendausgabe erwähnten neuen französischen sozialistischen Zeitschrift „La nouvelle revue socialiste“ lautet: Paris, 9 rue de la Poterie 1 (und nicht, wie irrtümlich angegeben: Paris).

Beamtentisch für Cottbus: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Fraktion: R. D. Hoff; Soziale und Politische: Fritz Kersch; Wagnen: Th. Oeder; Amtlich in Berlin: Berlin: Nordkreis-Berlin G. m. b. H. Berlin, Druck: Nordkreis-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin 24, W. P. 10, Unter den Eichen 3, Hagen 1, Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

# Weihnachtsangebot LOESER & WOLFF!

Zentrale: BERLIN C 25, Alexanderstrasse 1



**Präsentkistchen** in 10, 25 und 50 Stück-Packung.

Elegante **Sortiments-** und **Schatullen** (Zedern-Naturholz)-

Kisten zu 25, 50 und 100 Stück Inhalt.



**Ausserdem:**

3 der Konsumkraft angepasste Neuheiten

**Nr. 10** unsortiert, die einfache Gebrauchszigarre in leichter Mischung mit Sumatra-Decke, **10 Pf.** das Stück



**Yacumanza** in Kisten zu 50 Stück ... das Stück **15 Pf.**

In Orig. algrösse

ein feines Vorstenland-Produkt



**Marktzeichen** in Kisten zu 50 Stück ... das Stück **15 Pf.**

In Orig. algrösse

mit Sumatra-Decke, leicht und fein im Geschmack

Überzeugen Sie sich von der guten Qualität und der unbedingten Preiswürdigkeit!

# Das Großgeschäft mit der Weihnachtstanne.



Als Symbol der Weihnachtsfreude gilt seit Generationen der im Glanz der Lichter strahlende Weihnachtsbaum. Der Baum schmückt nicht nur das Jahr aufbewahrt und, wenn es der Geldbeutel erlaubt, wird dieses und jenes zur Ergänzung der kostbaren, zerbrechlichen Dinge, mit denen der Weihnachtsbaum geschmückt ist, hinzugekauft. Schade ist nur, daß man den Weihnachtsbaum nicht auch aufbewahren kann. Gerade in den Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Krise wird von zahllosen Familien der Kauf eines Weihnachtsbaumes, der Rot gehörend, unterlassen werden. Die Preise des Vorjahres werden auch viele veranlassen, mit dem Einkauf des Weihnachtsbaums bis zum letzten Augenblicke zu warten. Weihnachten 1924 kamen so große Mengen von Bäumen nach Berlin, daß selbst in wirtschaftlich guten Zeiten der restlose Verkauf kaum möglich gewesen wäre. Je näher der 24. Dezember herankam, desto mehr ging der Preis herunter. Am Weihnachtsabend selbst konnte der, der mit dem Einkauf seines Baumes geögert hatte, Bäume geschenkt erhalten, und gerade die Bäume wurden ohne Entgelt abgegeben, die bei normalem Geschäft im Preise am höchsten standen. In diesem Jahre dürfte die Lage nicht viel anders sein. Gewiß, diejenigen von den Weihnachtsbaumhändlern, die im vorigen Jahre übliche Erfahrungen gemacht haben, dürften in diesem Jahre ihre Hand ganz aus dem Spiele lassen oder doch etwas vorsichtiger sein. Aber gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs gibt es genug, die mit dem letzten aus dem Schiffbruch erretteten Gelde versuchen, an Saisongeschäften, wie es auch der Weihnachtsbaumhandel ist, zu verdienen und ihren hilfsbedürftigen Finanzen etwas auf die Beine zu stellen.

### Die Händler.

In allen waldreichen Teilen Deutschlands mit Fichten- und Tannenwäldern, besonders in denjenigen Teilen, in denen sich noch viel Wald im Privatbesitz befindet, in Schlesien, in Ostpreußen, in Thüringen, in Holstein, tauchen monatelang vor dem Weihnachtsfest Verkäufer auf und versuchen die Waldbesitzer zur Abgabe größerer Mengen Weihnachtsbäume zu bewegen; größere Posten bedeutet in diesem Falle mindestens ein Waggon. Der Waldbesitzer, der meist Landwirt ist, läßt sich erst dann dazu herbei, Verträge mit dem Verkäufer abzuschließen, wenn er etwas Voranschau in der Tasche

hat. Mitte — Ende November beginnt das Fällen, und Anfang Dezember werden die Bäume nach Berlin verladen. Viele Möglichkeiten des Verkaufs ergeben sich nun. Entweder der heimische Verkäufer reist selbst nach Berlin mit einer Anzahl von Verkäufern, die auf den Berliner Plätzen und Straßen gegen Gehalt, Provision und Spesen ihre Ware an den Mann zu bringen suchen und den Erlös an ihren Auftraggeber abliefern. Dieses Geschäft kann sich sehr schnell abwickeln, birgt aber in Zeiten schlechten Absatzes, wie wir sie augenblicklich haben, ein sehr erhebliches Risiko in sich. Viel häufiger werden die aufgetauften Bäume waggonweise an die Berliner Engros Händler abgegeben, und diese geben sie in kleinen Mengen von 10 Bäumen aufwärts an Händler ab, die sie direkt aus Publikum verkaufen. Mit Händlern, die schon jahrelang diesen Verkauf betreiben und den Engros Händlern bekannt sind, werden Kommissionsgeschäfte gemacht, d. h. die Händler nehmen zu einem vereinbarten Preis die Bäume und versuchen sie nun zu verkaufen. Für den Fall des Mislingens liefern sie den vereinbarten Preis ab, für den Fall des Mislingens erhält der Engros Händler die Bäume zurück. In den meisten Fällen erfolgt der Verkauf an die Detailhändler auf feste Rechnung, und zwar direkt aus dem Waggon heraus oder noch häufiger auf den Plätzen, auf denen die Engros Händler ihre Ware zur Schau stellen. Es sind dies natürlich in erster Linie Plätze, die in der Nähe der Güterbahnhöfe liegen. (Nordbahnhof, Schlesischer Bahnhof, Ostbahnhof.) Es gibt unter diesen Händlern einen gewissen Stamm, die stets um die Weihnachtszeit sich mit dem Weihnachtsbaumhandel abgeben, in der Regel Straßenhändler, die gerade das zu Gegenständen ihres Verkaufs machen, was die Saison mit sich bringt. Sie haben ihre Verkaufsräume, sind auf ihre Käufer eingestellt. Sie werden meistens ihre Bäume abgeben. Viel größer aber ist die Schar der Gelegenheitshändler, die gerade eine Beschäftigung haben und nun versuchen, ihr unzureichendes Einkommen aus der Arbeitslosenunterstützung zu vergrößern. Aber gerade ihnen gelingt der Nebenverdienst meist vorbei, trotzdem das Polizeipräsidium bei der heutigen Wirtschaftslage mit Recht in der Erteilung von Gewerbebescheinigungen sehr entgegenkommend ist. Diesen Gelegenheitshändlern fehlt die Erfahrung, Sicherheit und Bewandtheit.

### Die Preise.

Und nun zu den Preisen. In den Zeiten, in denen die Holzpreise sehr hoch sind, werden auch die Preise für die Bäume leider nicht niedrig sein. Denn die hohen Holzpreise stehen nur auf dem Papier. Die gerade jetzt zahlreich angelegten Holzauttionen zeigen, daß die meisten von ihnen ausfallen müssen, weil zu den Tagespreisen, unter denen die zur Auktion gestellten Holzpartien nicht verkauft werden dürfen, Käufer nicht zu haben sind. Die Waldbesitzer ziehen es deshalb vor, die Bäume, die sich zu Weihnachtsbäumen eignen, billiger gegen sofortige Kasse zu verkaufen. 1 M. bis 1,50 M. ist der Durchschnittspreis, den der Großhändler an den Waldbesitzer für einen Baum zu zahlen hat. Für 1,60 bis 3 M. müßte man also bei Einberechnung von Unkosten und Risiko durch Wassfälle, Gewinne usw. einen Baum haben können. Kaum aber hat der Markt begonnen, kommen auch, und zwar von allen Seiten, sechsbite Klagen über zu hohe Preise. So schreibt uns ein Händler aus dem Norden Berlins, der vor einigen Tagen auf dem Engrosmarkt Tempelhofer Feld ein Schock Bäume erwerben wollte: „Es liegen dort Hunderte von Bahnladungen, kleine, mittlere und große Bäume. Ich habe mich

loft überall nach den Preisen der Bäume erkundigt, der von 75 M. bis zu 200 M. pro Schock steigt. Die Bäume zum Einkaufspreis von 75 M. sind jedoch kaum noch als Weihnachtsbäume anzusprechen. Ein mittlerer Baum kostet im Einkauf mindestens 2 M. Hinzu kommt Fuhrlohn, Standgeld und Umsatzsteuer, so daß auf einen Baum einschließlich Einkaufspreis 2,30 bis 2,50 M. lauten. Wie soll nun aber ein derartiger Baum verkauft werden? Gar nicht zu sprechen von den besseren Bäumen, die allein im Einkauf 3,50 M. kosten würden. Was aber sagt die Polizei zu solchen Wasserpreisen? Ein weiterer Protestbrief äußert sich ähnlich: „Auf dem Tempelhofer Feld sowie überall in Berlin verlangen die Großhändler für ein Schock mittlerer Fichten 120 bis 160 M. Jetzt haben die Großhändler einen Ring gebildet und halten die Anfuhr gewaltig zurück, um für die Bäume jeden beliebigen Preis fordern zu können. Es ist höchste Zeit, daß die Polizei, wie vor zwei Jahren, die Sache in die Hand nimmt und Richtpreise für den Großhändler festsetzt. Die Großhändler haben im vorigen Jahr teilweise einen Reinstall erlitten und wollen mit einem Schlage auf einmal alles wieder auf Kosten des an sich zahlungsunfähigen Publikums hereinholen.“ Eine Kontrolle und Preisumfrage auf Grund der Beschwerden bestätigten die Angaben zum größten Teil. Die Großhändler begründen ihre Preise mit dem hohen Standgeld, den Transport- und Umsatzsteuerkosten und glauben sich als absolut im Recht. Ein Großhändler sogar scheute sich nicht zu sagen, daß die schlechtesten Bäume in den letzten Tagen vor dem Fest teurer sein werden, als zurzeit gute ausgediente Ware. In der Tat war es gut, wenn die Polizei rechtzeitig eingriff, ehe sich wieder ein brennender Kampf um den „Friedensbaum“ entspinnt. Vor allen Dingen täte die Behörde gut, ihre Nachforschungen auf etwa zurückgehaltene Ware einzustellen. Der Einkauf an Weihnachtsbäumen ist in diesem Jahre so reichlich erfolgt, daß von einer Knappheit gar keine Rede sein kann.

Der Weihnachtsbaummarkt hat begonnen. Man kann den Händlern angemessenen Verdienst nicht verübeln. Im Interesse der Kinder aber muß man erst recht wünschen, daß die Bäume zu erschwinglichen Preisen verkauft werden, damit auch Weihnachtsfreude in das Heim der für die Armen beispiellos harten Zeit einziehe.

### Täpferer Selbsthilfe.

Die Weihnachtzeit ist eine Zeit der Ernte für alle, die in offenen Läden ihre Waren feilhalten. Für viele ist der Weihnachtsmarkt so ausschlaggebend, daß über die Möglichkeit, im Wettbewerb sich weiter zu behaupten, durch ihn entschieden wird. In dieser Zeit, wo alle um Beachtung werden, wendet auch der Selbsthilfebund der Körperbehinderten sich wieder mit einer Weihnachtsmesse an die Bevölkerung. Krüppel, die nicht der Wohlfahrtspflege anheimfallen wollen, sondern in tapferem Trotz sich gegen das Schicksal wehren, haben die Erzeugnisse ihres Fleißes ausgestellt und hoffen auf Käufer. Allerlei Gebrauchsgegenstände sehen wir dort, nützliche Dinge, die auch durch die Schönheit der Ausführung erfreuen, kunstgewerbliche Arbeiten, feine Holzleisearbeiten, hübsche Puppen und sonstiges Spielzeug. Manches Stück ist mit schwer gelähmten Händen in langer Mühe und ausdauernder Geduld angefertigt

## Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Sie weinten alle; nur Eva weinte nicht. Weit aufgerissen, wie jedes festen Punktes beraubt, flackerten ihre Augen. Sie ging an der Hand des Onkels.

Stefan Wilkowski schützte die eiskalten Fingerchen in seiner Hand und dachte immer nur: was nun? Bei dem jungen Stiefvater kann sie doch auf die Dauer nicht bleiben. Es wird wohl nichts helfen, du wirst sie wieder zu dir nehmen müssen! Er hatte Angst vor seiner Frau. Aber dann dachte er an den letzten Besuch seiner Schwester, und ein Schauer überlief ihn.

Borderhand ging es aber so weiter, wie es bisher gegangen war. Der Stiefvater kam spät nach Hause, stand spät auf, Eva besorgte den kleinen Haushalt schlecht und recht, nur daß abends nicht wie bisher die Mutter müde nach Hause kam, und niemand sie küßte, und niemand zärtlich sprach: „Meine kleine Eva!“ Sie war noch immer wie betäubt, es war ihr noch immer nicht klar zum Bewußtsein gekommen, was sie verloren hatte.

Ella Wilkowski hatte darauf bestanden, daß zum Begräbnis ein Prediger genommen wurde — ein protestantischer natürlich, ein katholischer wäre ja sowieso nicht gekommen. Olga war niemals mehr zur Beichte gegangen. Es machte sich so anständiger, und dann hat man bei solchen Gelegenheiten doch auch das Bedürfnis nach einem geistlichen Wort des Trostes. Der Prediger sprach, wie er unter solchen Umständen zu sprechen pflegte. Da fiel sein Blick auf die kleine dürftige Gestalt in dem viel zu weiten schwarzen Kleid, um deren zur Seite geneigtes, wie geknicktes Haupt ein dünner Trauerschleier flatterte — das zurückgebliebene Kind der Verstorbenen! Und sein Ton wurde plötzlich tiefer, herzlicher: „Es ist das Kreuz von Golgatha, Heimat für Heimatlose,“ hörte Eva. Aber es glitt an ihr vorüber.

Es waren ungefähr vier Wochen nach Olga Wilkowskis Tode vergangen, als es an der Wohnungstür läutete. Eva hatte, ohne sich mit irgend etwas zu beschäftigen, in einem Winkel der Stube gesessen und auf den Platz gestarrt, auf den kleinen Sessel mit dem bunten altmodischen Siederessisen aus Großvaters Haushalt, wo ihre Mutter immer zu sitzen pflegte, wenn sie zu Hause war und müde war und sich ausruhte. Der Stiefvater hatte ihr heute morgen gesagt, daß zwar die Miete noch von Olga für dies Vierteljahr bezahlt worden, daß aber sonst gar kein Geld da war. Das Begräbnis hatte viel gekostet; man war es Olga schuldig gewesen, daß das durchaus anständig gehalten wurde. Obgleich Wilkowski

sich auch sehr anständig dabei gezeigt hatte, und Evas gütige Protektorin, der er es gleich mitteilte, fünfzig Mark geschickt hatte in einem lieben Brief an Eva, so war doch jetzt „Alles alle“.

„Und ich kann auch so nicht weiter leben,“ sagte er, und die Tränen traten ihm dabei in die Augen und rannen ihm an der Nase herunter. „Hier seh ich sie immer vor mir. Es ist mir ganz scheußlich zumut. Es hätte manches anders sein können. Ach, es tut mir so leid! Ich möchte auch dich nicht im Stich lassen — aber es geht doch nicht anders!“ Er seufzte und sah sehr niedergeschlagen aus. Aber dann fing er an, im Zimmer auf und ab zu rennen. „Ich muß fort, ich halte es nicht aus hier. Ich habe gestern ein Engagement angenommen in einer Kapelle nach Südamerika — sein, was? Da ist Sonne, da ist Wärme, da ist was los. Zum Ersten reise ich, du mußt nun sehen, wie du dich unterbringst, Evchen. Der Onkel wird dich ja nehmen. Und dann verkaufst du den ganzen Kram hier, was sollst du damit? Ich will nichts davon, und du hast dann doch ein paar Groschen. Nimm es nicht übel, Evchen, aber so allein mit dir, das ist doch nichts.“

Er hatte ihr gutmütig die Hand gegeben, und sie hatte die auch genommen, seit langer Zeit zum erstenmal wieder; ohne Eifersucht, ohne Abneigung, oder Haß — er hatte ja ganz recht so. Und nun sah sie und brütete darüber: was sollte sie tun?

Es klingelte jetzt, sie ging ganz mechanisch, noch befangen von dem: was soll ich tun?, und machte auf. Eine Dame stand draußen, die sie nicht kannte; das heißt, eine Dame war es eigentlich nicht, nur so etwas Ähnliches.

Eine heisere, etwas rauhe Stimme fragte: „Hier soll doch das Fräulein Olga Wilkowski wohnen? Aber an der Tür steht „Blechhammer“. Wohnt die denn nicht hier.“

„Nein,“ sagte Eva.

„Aber sie sagten mir doch so im Geschäft in der Leipziger Straße. Wo ist sie denn hingezogen?“

Eva hob den Arm, es flimmerte ihr vor den Augen. Sie wies mit der Hand wie in weite Fernen: „Sie ist tot.“

„Tot?“ Die Fremde stieß einen durchdringenden Schrei aus. „Tot, meinte Olga, Olga?“ Und sie stürzte an Eva vorbei ins Zimmer, warf sich da auf den Platz, auf den hin Eva noch eben so sehnsüchtig gestarrt hatte, so hilflos suchend: was soll ich tun, und schluchzte herzbrechend.

Wer war das? Olga, Olga? — die mußte die Mutter gut gekannt haben, die tat ja so liebevoll, so vertraut! Und plötzlich dämmerte etwas in Eva. Aber damals war die hübscher gewesen, jünger. Die hatte ein rotes Bett gehabt, das hatte sie nie vergessen, das stand wie ein Märchen in ihren Kindheitserinnerungen. Und die nassen Schuhe hatte sie ihr

ausgezogen und die kalten Füße ganz warm gerieben. „Meine Mutter hieß Frau Blechhammer, sie war verheiratet,“ sagte sie traurig. Und dann noch leiser: „Nun ist sie tot. Vor vier Wochen ist sie begraben worden. Ich bin die Eva.“

„Du bist die Eva, die kleine Eva, von der Olga immer so geschwärmt hat? Ja, nu erkenn' ich dich wieder, obgleich sie dich scheußlich zugerichtet haben mit dei olle schwarze Kleid. Ach Olga, meine gute Olga, meine einzige Olga!“ Sie weinte aufs neue.

Und Eva mußte auch weinen, zum erstenmal sich die Last von der Seele herunter weinen seit der Mutter Tod. Hier, fühlte sie, hier war wirklich herzlicher Kummer, hier war ganz ungestümes Empfinden, das sich rüchhaltslos hingab ohne jeden anderen Gedanken. „Meine Mutter, meine liebe Mutter,“ schluchzte Eva.

„Meine Olga, meine geliebte Olga,“ schluchzte das Fräulein Helene. Sie zog das Mädchen auf ihren Schoß, nahm es fest in die Arme und küßte es viele Male. Ihre Küsse, ihre Tränen vermischten sich.

„Ach, wenn ich das gedacht hätte, dann wär ich doch schon mal eher hergekommen. Viel früher. Aber ich dachte, sie wollte mich nicht mehr. Es kam mir so vor. Oh, ich Dussel!“ Sie schlug sich gegen die Stirn, die juchsiges, wirres Geläch einrahmte. „Hat sie denn noch von mir gesprochen, mich noch lieb gehabt, Kind?“

Und Eva erzählte. Sie erinnerte sich, daß die Mutter einmal von der da mit ihr gesprochen hatte — eine gute Freundin von früher — aber weil sie nicht viel mußte, erfand sie dazu.

Und Fräulein Helene war so gerührt, daß sie Evas magere Händchen küßte und sie bat, mehr, noch viel mehr zu erzählen. Sie suchte, als Eva von der Mutter Heirat erzählte. „Donnerwetter, so 'ne Erdumkehr!“ Und suchte noch mehr, als Eva vom Stiefvater sprach. „So 'n gemeiner Hund! Laß'n laufen, mein Kind! So sind die Männer, sie taugen alle nisch. Gott, wär das schön, wenn man die nich brauchte! Ich hab' meine Erfahrungen gemacht.“ Fräulein Helene seufzte, ihr Gesicht sah plötzlich ganz zusammengefallen aus, ganz verweilt, trotz der rosigen Wangen und der tiefroten Lippen. „Was mein Bräutigam is, mit dem war es ja nun auch nicht. Der is ganz alle — der arme Kerl, mein Häseln! Aber das is noch nicht für dich, Kleine!“ Sie sah Eva liebevoll an und strich ihr die Wangen. „Deiner Mutter hätt' ich es gern erzählt. Es hat mich so hergetrieben. Ach, meine Olga! Der einzige Mensch, der was wert war auf dieser Welt.“ Sie war so von Herzen traurig, daß das verwaiste Kind beide Arme um ihren Nacken schlang und sich an sie schmiegte. (Fortsetzung folgt.)





# Neuere Industriebilanzen.

Die Industriepolitik im Lichte der Krise. — Unzulängliche Berichte.

Die Berichterstattung der deutschen Aktiengesellschaften über das Geschäftsjahr 1924 bzw. 1924/25 geht ihrem Ende zu. Sie war bisher im ganzen wenig erfreulich. Weniger noch materiell; denn abgesehen von jenen Industrien, die Produktionsmittel erzeugen und die infolge der Ueberproduktion an maschinellen Vorrichtungen während der Kriegs- und Inflationszeit heute schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, waren die Erträge bedeutend besser, als es die ausgeschütteten Dividenden erkennen lassen und die Unternehmer wahr haben wollen. Die tatsächlichen Gewinne wurden nur zu sehr großem Teile sofort wieder im Betrieb angelegt oder gingen durch unrationelle Betriebs- oder Pumpwirtschaft im Leerlauf und Zinskosten verloren. Was die Berichte im ganzen so unerfreulich machte, war der Mangel an Verständnis dafür, daß man nicht nur die allgemeine Öffentlichkeit, sondern insbesondere auch die Belegschaften aufs gründlichste über das Schicksal der Unternehmen informieren muß. Die Berichte verteilten auch durchweg, daß kaum ein einziger der verantwortlichen Unternehmer sich des ungeheuerlichen Ernstes der Krise bewußt war, in die die deutsche Volkswirtschaft mit dem ersten Tage der Stabilisierung eintreten mußte. So spiegelt sich auch in den Geschäftsberichten überall der Dilettantismus und der Mangel an Verantwortungsbewußtsein wieder, die die Politik der Unternehmer in den beiden Jahren seit der Währungsstabilisierung von Bankrott zu Bankrott geführt hat. Diese Fehler rächen sich heute bitter. Kurzfristig und brutal wie immer, sind die Unternehmer aber zu nichts anderem fähig, als zu dem traurigen Akt, ihr katastrophales Verlangen in der Leistung ihrer eigenen Betriebe und der Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen durch Druck auf die Löhne und auf die Lebenshaltung einfach auf ihre Belegschaften und die Allgemeinheit abwälzen zu wollen.

## Der Wintershallkonzern in Jahre 1924.

Der nicht nur durch seine Größe, sondern auch durch die Tätigkeit seines Gehirns für die deutsche Kalkindustrie hochbedeutende Konzern veröffentlicht seinen Geschäftsbericht für 1924 nahezu ein Jahr nach dem Abschluß seiner Rechnungen. So hat das riesenhafte, 261 Quartseiten füllende Bilanzmaterial über die zentrale Spigengesellschaft (Kalkindustrie A. G.), die Kalkbank A. G. und die 59 Werke und Fabriken kaum mehr als historischen Wert. Hat doch das Jahr 1925 sowohl für den Inlands- wie für den Auslandsabfuhr stark veränderte Abfuhrbedingungen gebracht (vertragliche Wiederherstellung des durch den Friedensvertrag zerstörten Monopols) und bedeutet doch die neue 300-Millionen-Anleihe, von denen 160 Millionen schon gezeichnet sind, für den Gesamtkonzern eine vollständig neue finanzielle Orientierung. Entsprechend seiner Größe von 38,47 Proz. erhält der Wintershallkonzern von den 160 Millionen nominell reichlich 60 und von den 300 Millionen reichlich 120 Millionen Mark. Es kommt hinzu, daß das reichliche Zahlenwert der Bilanzen nur durch einen äußerst mageren Text (knapp 11 Seiten) ergänzt wird. So läßt sich für die heutige Lage des Konzerns aus dem Geschäftsbericht herzlich wenig entnehmen.

Für die Kalkindustrie A. G., die zentrale Holdinggesellschaft, werden Umschreibungen und Abschreibungslinien gegeben mit dem ungeheuren Aktienkapital von nominell 320 Millionen, dem aber neben 84,24 Millionen Beteiligungen in der Hauptsache ein Zukunftssposten von 255,4 Millionen entspricht, das Recht auf Uebernahme von 638 649 eigenen Aktien zu 400 Mark nominal, die ihre Verwertung noch finden sollen. Ein merkwürdiger Posten, der eben nur Sinn hat in der Kalkindustrie, wo Syndikatsbeteiligungen einen Geschäfts- und Kapitalwert beanspruchen können, auch wenn die dazugehörigen Werke längst stillgelegt, erloschen oder abgebrochen sind. Schulden und Forderungen, darunter auch die demnachst aus der Kalkanleihe abzuschließenden Schweizer Valutaschulden, sind auf das vier- bzw. achtfache erhöht. Von der Kalkbank A. G., über die die bedeutenden Finanzgeschäfte des Konzerns laufen, und die bei 800 000 R. Kapital Gläubiger von 33,7 und Schuldner von 32,4 Millionen ausweist, berichten sechs Zeilen Text und fünf bzw. vier Bilanzposten. Daraus ist natürlich nicht das Mindeste zu entnehmen.

So bleiben zur Beurteilung des Konzerns nur die 59 Bilanzgerippe der Werke, von denen wiederum nur die größten — Wintershall, Alexandershall, Heiligenrode, Deutsche Kalkwerke, Ronnenberg, Bismarckshall, Kaiserroda — besonderes Interesse haben und die allgemeinen Ausführungen des Geschäftsberichts über die Lage des Konzerns im Jahre 1924. Gewinne werden nur in seltenen Fällen und dann nur in verhältnismäßig geringen Summen ausgewiesen. Die Bilanzen zeigen aber im einzelnen, daß die ausgewiesenen Gewinne für die Ertragsbeurteilung des Jahres 1924 kaum etwas bedeuten können. In weitaus den meisten Fällen hat die Bewertung der vorhandenen Anlagen, trotz starker auch in den den Einzelberichten hervorgehobener Reinvestitionen, gegenüber der Goldbilanz noch eine Senkung erfahren. Das läßt darauf schließen, daß auch die Ausweisung der erzielten Gewinne zur Förderung der Kalkergischen Umstellungspläne willfährlich erfolgt ist. Für die 1924 erworbenen A. G. - Kalkwerke Ronnenberg wird ein Verlust von 700 000 R. festgestellt.

Aus dem allgemeinen Bericht ist hervorzuheben, daß der Konzern im Jahre 1924 seine Arbeit auf 24 Werke mit 50 Schächten begann und sie auf 17 Werken mit 23 Fördererschächten beendete, in denen eine Belegschaft von 8200 Arbeitern und Angestellten tätig war (von 29 500 in der gesamten Kalkindustrie). Der Rest der Werke und Schächte ist bis 1925, d. h. wohl endgültig, stillgelegt worden. Der Bericht vermehrt dazu mit einer gewissen Genugtuung, daß damit die Zusammenfassung der Produktion auf die am wirtschaftlichsten arbeitenden Werke zum größten Teil durchgeführt sei.

Der Gesamteindruck, den der Geschäftsbericht des Wintershallkonzerns hinterläßt, ist sehr unbefriedigend. Es ist zwar begreiflich, daß das Riesenmaß der Umstellung, in der der Wintershallkonzern begriffen ist, eine ausreichende und übersichtliche Information der Öffentlichkeit erschwert. Angesichts der besonderen Stellung der Kalkwirtschaft in Deutschland aber und der hervorragenden Rolle des Wintershallkonzerns in ihr wäre gerade für ihn weitestgehende Publizität selbstver-

ständliche Pflicht. Es ist deshalb zu verlangen, daß der Konzern dieser Pflicht für das laufende Jahr besser und gründlicher nachkommt als für das vergangene.

## Schwarzkopff.

Trotz der sehr schwierigen Lage der schwer auf andere Produktionsumstellungen umzustellenden Lokomotivfabriken befindet sich die alte Berliner Firma Schwarzkopff in relativ sehr günstiger Lage. Sie verteilt zwar keine Dividende; aber sie wird mit größter Wahrscheinlichkeit die gegenwärtige Krise durchhalten. Warum, das sagt der Geschäftsbericht mit wenigen Worten selbst: die Verwaltung habe die heutige schwere Krise als Folge der Scheinkonjunktur der Inflationszeit vorausgesehen, habe deshalb rechtzeitig auf weitere Ausdehnung der Werke verzichtet und durch rechtzeitigen Abbau der Betriebskosten für die Erhaltung genügender eigener flüssiger Mittel gesorgt. Selbstverständlich erfolgte die Kostendrosselung auch sehr stark auf Kosten der früher mehr als 4000löpfigen Belegschaft. Die Zukunft wird zeigen, ob diese vorausschauende Beschränkung des Gesamtbetriebes, so sehr seine Folgen für die Belegschaft zu beklagen sind, nicht auf die Dauer den Unternehmern und damit auch den Arbeitern bessere Arbeitsmöglichkeiten sichert, als das bei planloser Pumpwirtschaft der Fall gewesen wäre.

Die Bilanz spricht jedenfalls für diese Annahme. Der Stillstand im Lokomotivbau, dessen Umsatzzahlen immer noch Beschäftigung und Geschäftsergebnis beherrschen, hat die Außenstände und Bankguthaben von 11,24 auf 7,14 Millionen zurückgehen lassen. Gleichzeitig sind aber auch die Schulden zurückgegangen, und zwar von 6,67 auf 4,58 Millionen. Das Verhältnis der Forderungen zu den Schulden hat sich sogar verbessert gegenüber der Goldbilanz. Da die Schulden in der Hauptsache aus Anzahlungen bestehen, können zum mindesten die Außenstände und die Materialvorräte als völlig unbelastetes Reinerwerbigen gelten. Von Bankschulden ist Schwarzkopff gänzlich frei. (Auch nach einer Erklärung der Verwaltung.) In der Gewinn- und Verlustrechnung erscheint ein Rohgewinn von 3,94 Millionen, aus dem nach 3,16 Millionen Generalkosten und 0,66 Millionen Abschreibungen (davon 15 Proz. auf Maschinen) ein Reingewinn von 111,423 R. verbleibt, der zum größeren Teil vorgetragen wird. Sonst hat sich in der Bilanz wenig verändert. Die Beteiligungen (insbesondere Dampfmaschinen und Generatorenfabrik Kassei-Schwarzkopff G. m. b. H., Berlin) sind mit 1,75 Millionen fast unverändert. Ob aus ihnen schon ein Gewinn vereinnahmt ist, läßt sich nicht ersehen. Die eigenen Wertpapiere sind von 0,61 auf 0,50 Millionen abgemindert. Die kommenden Bilanzen werden eine Veränderung insofern aufweisen, als das nominelle Aktienkapital infolge Einziehung von 6 Millionen Borschaften von 24,45 auf 18,45 Millionen ermäßigt wird. (Vortragskapital 12 Millionen.)

In der Generalversammlung gab die Verwaltung zu den übrigbleibenden 2,25 Millionen Borschaften und zu den mehrstimmigen Vorzugsaktien nicht verzichteten könne. Die Bestimmung der Borschaften blieb ungeklärt. Der zweite Punkt der Erörterung war die Geschäftslage, über die die Verwaltung sich begreiflicherweise pessimistisch äußerte. Es hat schon ein erheblicher Abbau von Arbeiter und Angestellten stattgefunden. Dieser Abbau ist noch nicht beendet. Merkwürdigerweise wurden Ziffern nicht genannt, weder wurde die Zahl der Belegschaft noch die der Abgebauten angegeben. Das Unternehmen ist eins derjenigen, das in der Lage wäre, beim Abbau milde vorzugehen, denn trotz der anzuerkennenden ungünstigen Situation der Lokomotivindustrie hat die Gesellschaft, wie bereits erwähnt, einen Gewinn erzielt und außerdem hat sie nicht nur keine Bankschulden, sondern sogar Bankguthaben, über deren Höhe die Verwaltung die Auskunft allerdings verweigerte.

## Andere Maschinenbauanstalten.

Daß auch sonst in der Maschinenindustrie ernst um das gesunde Ueberleben der Krise gekämpft wird, zeigen weitere Geschäftsabschlüsse. Auch die Kalk Maschinenfabrik A. G., Köln-

Kalk, die große Werkzeugmaschinen, Walzwerke, Krananlagen und Hilfsmaschinen für Hütten- und Walzwerke herstellt, verteilt keine Dividende. Sie trägt den ausgewiesenen Gewinn von 62 215 Mark auf das neue Jahr vor. Der Gewinn stammt mit 40 000 R., wie der Geschäftsbericht sagt, sogar aus dem Posten Wertpapiere (223 630 R.), also nur zum kleineren Teil aus dem Betriebsergebnis selbst. Aber die Bilanz hinterläßt einen guten Eindruck. Bankschulden sind überhaupt nicht vorhanden. Die Gläubiger bestehen zum geringsten Teile aus Lieferanten, zu gut zwei Drittel aus Anzahlungen (1,18 von 1,79 Mill.). Die Schuldner sind zwar von 1,2 Mill. auf 0,53 Mill. zurückgegangen; aber die Vorräte konnten um 420 000 R. niedriger angelegt werden als in der Goldbilanz, und auf Maschinen und Ausrüstungen waren Normalabschreibungen von 10 Proz. möglich. Die gesamten Wertzeuge und Utensilien, Patente und Modelle stehen mit je 1 R. zu Buch. Das Unternehmen läßt sich so stark, daß es die Deffektivität über die kürzlichen Unregelmäßigkeiten ihres Generaldirektors, die das Unternehmen 400 000 R. kosten, durch den Hinweis auf ihre Barreiferen beruhigen konnte. Allerdings ist es lächerlich und es lohnt kein Wort der Widerlegung, wenn die Verwaltung für Materialpreiserhöhungen die Erhöhung der Löhne verantwortlich macht, nachdem gerade die Maschinenindustrie wissen könnte, was sie der trübsichtigen Schutzpolitik ihrer Rohstofflieferanten zu danken hat. Aufträge liegen noch auf Monate vor.

Ein ähnlich günstiges Bild, nur unterstrichen noch durch eine weitgehende Interessengemeinschafts- und Arbeitsvertragspolitik, bietet die alte Maschinen-, Apparate- und Dampfmaschinenfabrik Maschinenbau A. G. vorm. Stärke-Heffmann, Hirschberg in Schlesien. Sie konnte trotz Abweisung vieler Aufträge wegen zu langer Zahlungsfristen die Belegschaft das ganze Jahr hindurch beschäftigen. Der Auftragsbestand hat sich im neuen Jahr erheblich vermehrt. Mit Bankkrediten scheint auch hier grundsätzlich nicht gearbeitet worden zu sein, was sich aus dem Rückgang der Gläubiger und den geringfügigen 607,13 R. für Zinskosten ergibt, die die Gewinn- und Verlustrechnung ausweist. Der Verbesserung der Absatzbeziehungen und der technischen Abrundung des Betriebes dienen neben dem älteren Arbeitsgemeinschaftsvertrag mit der Engelhardt-Brauerei A. G. Berlin aus dem Jahre 1923 die maßgebende Beteiligung an der Abwärme-Technik A. G. Hirschberg und der kürzlich geschlossene Betriebsgemeinschaftsvertrag mit der Berliner A. G. für Eisengießerei und Maschinenfabrikation G. Freund u. Co.

Ein Beispiel dafür, wie gefährlich Schuldenwirtschaft ist, gibt auf der anderen Seite die alte Berliner Firma Carl F. J. A. G., die in Berlin und Wittenau Aufzüge, Krane, Motore und sonstige Maschinen herstellt. Während ihre Forderungen sich nur verdoppelt haben (0,85 gegen 0,42 Mill.), sind die Lieferanten-schulden um über eine halbe Million erhöht, die Bankschulden und Akzente auf 1,006 Millionen mehr als verdreifacht. Da der Geschäftsbericht selbst sagt, daß die Aufträge ungenügend waren, wird man auch schließen dürfen, daß die höheren Ziffern der Angewandten weniger auf wirkliche Substanzverbesserung, sondern auf eine Bilanzverbesserung zurückgeht, um den Ausgleich herzustellen. Der Bericht nennt dann auch die hohen Zinskosten als die Hauptursache, die den Reingewinn (31 537 R.) so tief gehalten hat.

## Cohadrud, aber glänzende Brauereidividenden.

Ob es der Industrie gut oder schlecht geht, die Geisteshaltung der deutschen Unternehmer kennt die Masse der Arbeitenden und der Verbraucher nur als Lasten oder Rekluz. Das Wenige an Kaukraft, was die arbeitenden Massen sich zu erkämpfen vermögen und das nach dem Willen der Unternehmer noch gedrosselt werden soll, untersteht auf der anderen Seite der Ausbeutung durch die Lebens- und Genussmittelindustrien. Bisher sind etwa zwei Duzend Brauereischlüsse bekannt geworden. Sie schließen fast alle mit Refordgewinnen, die bei weitem nicht durch die hohen Dividenden erspößt werden, die man ausgeschüttet. Die bei den Brauereien gewohnte Tefaurierung, die Furcht vor der öffentlichen Kritik halten die Dividenden tief. Dennoch liegen von den zwei Duzend Brauereidividenden nur 7 unter 10 Proz.; der große Rest verteilt zwischen 10 und 20 Proz. des Aktienkapitals an Gewinn. — Hier fehlt's also nicht! Ob aber mit der Gewinnpolitik der Genussmittelindustrien diejenige Steigerung des Absatzes erzielt werden kann, die allein auf die Dauer volks- und privatwirtschaftlich gewinnbringend ist, das ist eine andere Frage.

Preiswerter  
**Klubbisch**



Eichenholz mit Metallplatte, 60 cm Durchmesser, mit Glasschränken  
Mark 19.—

**P. Raddatz & Co.**  
Leipziger Str. 122/23.

Für die dem Andenken unseres Geheimrat  
**Dr. Georg Klingenberg**  
gewidmeten Ehrungen sagen wir tiefempfindenen Dank.

Aufsichtsrat und Vorstand  
der  
**Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft**

Was schenke ich zu Weihnachten?

Blumenseife Roger & Gallet Karton 2.80  
Parfums Coty Fl. 5.—, Houbigant Fl. 6.75  
Manikurekasten . . 4.75, Kristallzeratüber 4.00  
Dachrasierpinsel 6.50, Rasierspiegel . . 7.50

**KOPP & JOSEPH, Berlin W., Potsdamer Str. 122**

Am Sonntag, den 14. d. M., nach schwerem Leiden unser lieber Freund und langjähriger Vereinswirt  
**Paul Massow**  
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 1509b  
Die Stammgäste und der Verein der Solganenngesher. Einsegnung: Donnerstag, 5. Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Für die uns anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters  
**Hermann Schubert**  
dargebrachten Zeichen herzlichster Anteilnahme, insbesondere den Rednern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Herren Reichstagsabgeordneten Otto Weis und Stadtrat Dittmer, sprechen wir hiermit unseren aufrichtigen Dank aus.  
Berlin-Kreuzberg, 12. Dezember 1925.  
Witwe Therese Schubert erbitt. Angehörigen.

Der gute Kapitän-Kaufabak  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 12. Kgst. 3861

!!! Es regnet durch !!!



**Mercedes-Benz**

von Mk. 300 an (kleine Wagen) bis zur luxuriösesten Ausführung. Lieferung innerhalb 14 Tagen.

**Friedrich Breitsch** Berlin SO 33, Eisenbahnstr. 5  
Telephon: Amt Horkitzplatz 11 289-90



## Zum Zeitvertreib.

Von Ludmilla v. Behren

Herr Siegfried Heumann saß in dem, mit höchstem Komfort eingerichteten Rauchzimmer seiner eleganten Junggesellenwohnung und langweilte sich entsetzlich. Er hatte soeben sein Mittagsschlafchen beendet und wußte nicht, was er nun anfangen sollte. Zum Lesen hatte er keine Lust, seine Lust auszuführen und zum Spazierengehen erst recht nicht. Ob er wohl eine seiner kleinen Freundinnen besuchte? Ach, bah — die langweilten ihn eigentlich alle ebenfalls, diese Wizzis, Lorens, Ollys, und wie sie sonst alle heißen, und überdies war um diese Zeit wahrscheinlich keine zu Hause. Für den Abend hatte er ein Billett zum Gastspiel einer berühmten Divo, aber fürs Theater war es noch viel zu früh. Was hing er bloß mit seiner Zeit bis dahin an? Gähnen und rauchen allein war zu öde. Das Leben konnte doch manchmal entsetzlich fade sein, und dabei wurde er noch von so vielen beneidet, die eine befriedigende Arbeit hatten, weil er nichts zu tun hatte, als das Geld, das die Fabriken seines Vaters einbrachten, unter die Leute zu bringen. Die paar Stunden, die er vormittags anstandslos im Bureau saß, konnte man ja nicht als Arbeit bezeichnen.

„Eine junge Dame ist da und wünscht den gnädigen Herrn zu sprechen,“ meldete sein Diener Friedrich.

Siegfried Heumann sah mehr geärgert als erfreut aus.

„Wer ist es denn?“ fragte er gähnend.

„Es ist eine fremde junge Dame, sehr schüchtern und sehr bescheiden angezogen,“ berichtete Friedrich weiter und — nach einem leichten Hüfteln — „sehr hübsch.“

„Nun — meinetwegen, also laß sie eintreten.“

Eine hübsche Blondine trat schüchtern ins Zimmer. Siegfried Heumann erhob sich zu seiner ganzen städtischen Länge, legte die Zigarre fort und verbeugte sich.

„Was verschafft mir die Ehre?“

„Verzeihen Sie“, sagte das junge Mädchen mit leicht zitternder Stimme, „daß ich etwas früh gekommen bin. Ich fürchtete, man könnte mir zuvorkommen, und mir lag soviel daran... Es ist wegen der Annonce, in der eine Privatsekretärin gesucht wird, die fließt englisch und französisch korrespondieren und stenographieren kann. Ich glaube, dem kann ich entsprechen.“

Herr Heumann musterte sie wohlwollend.

„Bitte nehmen Sie Platz und reden Sie ganz unbesorgen. Haben Sie bereits eine ähnliche Stellung bekleidet?“

Das junge Mädchen zog aus ihrem Handtäschchen ein Papier hervor.

„Ich war bereits einige Jahre Korrespondentin — hier ist mein Zeugnis — und augenblicklich bin ich noch in ungeklärter Stellung. Aber sie wird nicht sehr gut bezahlt, und ich hoffe...“

Sie erröte.

„Ah, nun ja — das Zeugnis ist sehr gut. Also Frieda Gerdes heißen Sie. Erzählen Sie bitte weiter. Stehen Sie allein?“

Die junge Dame erzählte, bei wem sie angestellt wäre, wieviel Gehalt sie beziehe, und wieviel Arbeit sie zu leisten habe. „Ich wohnte mit meiner Mutter zusammen“, sagte sie, „die ich unterstützen muß. Sie hat zwar eine kleine Pension, die aber bei weitem nicht ausreicht, und ist sehr leidend, so daß sie nichts hinzuverdienen kann.“

„Das ist recht traurig. Man kann auch nicht gerade sagen, daß ihr Gehalt hoch ist. Es ist verständlich, wenn Sie sich verändern wollen. Deshalb heiraten Sie denn nicht — ein so hübsches Mädchen, wie Sie sind?“

Die junge Dame erröte wieder.

„Ich war verlobt, aber — mein Vater verlor sein Vermögen und da... Es ist vielleicht besser, daß es anders kam.“

„So, ja, nun, es findet sich wohl noch ein anderer, der Sie zu schätzen weiß. Aber nehmen Sie doch ihren Hut ab, Fräulein Frieda, ja... Genieren Sie sich nicht. Erlauben Sie, daß ich Ihnen eine kleine Erfrischung anbiete, der Weg war gewiß lang.“

Er klingelte und bestellte bei dem einretenden Friedrich Wein und Kuchen.

Die junge Dame, die eine so freundliche Aufnahme in keiner Weise erwartet hatte, taute immer mehr auf. Sie erzählte Herrn Heumann, auf seine Anteilnehmenden Fragen hin, immer mehr von ihren Lebensverhältnissen: Daß ihr Vater vor drei Jahren gestorben wäre und ihr Bruder noch das Gymnasium besuche; daß sie zwar Verwandte in guten Stellungen und Vermögensverhältnissen besäße, aber, wie das so ist, niemand wollte sich sehr um sie kümmern.

Friedrich brachte das Bestellte. Die junge Dame nahm, mit schüchternen Fingern, ein Stück Kuchen und trank, nach einigem Zureden, in kleinen Schlüpfchen von dem Wein. Ihre Wangen röteten sich, ihre Augen fingen an zu glänzen. Sie war wirklich sehr hübsch.

Man wurde immer vertrauter. Herr Heumann konnte bald die ganze einfache Lebensgeschichte von Fräulein Gerdes, tröstete sie und ließ sie auf eine bessere Zukunft hoffen. Dann erzählte er einige Witze, und Fräulein Frieda mußte herzlich lachen. Es war sehr gemütlich.

Eine Uhr schlug im Nebenzimmer. Das junge Mädchen fuhr auf. „Ach — so spät schon... Ich muß fort!“

„Das tut mir herzlich leid, es war doch so nett. Können Sie nicht noch bleiben?“

„Nein, heute nicht. Jetzt muß ich gehen. Also — ich darf hoffen?“

„Borau?“

„Nun, auf die Stellung als Privatsekretärin.“

„Ja, liebes Fräulein, ich habe keine Stellung zu vergeben, das habe ich doch auch gar nicht gesagt. Der Bankdirektor wird es sein, der eine Etage höher wohnt. Sie haben sich um eine Treppe geirrt; wahrscheinlich haben Sie das etwas hohe Hochparterre für die erste Etage an. Aber Sie gefallen mir wirklich sehr gut. Müßten Sie denn durchaus Privatsekretärin sein? Wie wäre es, wenn wir heute miteinander ins Theater fahren? Vorher kaufen wir für Sie eine hübsche Toilette, und dann essen wir Abendbrot zusammen.“

Die junge Dame war aufgestanden. Sie war sehr bloß.

„Es — es wird wohl besser sein, wenn ich gehe...“

„Nun, dann nicht — schade! Sie gefallen mir wirklich, aber leider kann man niemand zu seinem Glück zwingen. Also wirklich nicht — kein Zureden hilft? Dann leben Sie also wohl, es war mir ein Vergnügen, Sie kennen zu lernen...“

Als Fräulein Gerda mit Tränen in den Augen, die Treppe zur nächsten Etage emporgestiegen war, wurde ihr mitgeteilt, daß vierzehn Bewerberinnen sich gemeldet hätten, und die Stellung besetzt wäre.

## Sozialistische Lehr- und Wanderjahre.

Von Louis Cohn

V.

Berlin—Erfurt

Mit der Verlegung des in Gemeinschaft mit einem meiner Brüder übernommenen elterlichen Geschäftes von Leipzig nach Berlin erfolgte insofern eine Wendung meines Lebenslaufes, als große Verluste im Auslande zur Auflösung des Geschäftes führten und mich zur Aufgabe meiner Selbstständigkeit zwangen. Mein fünfjähriger Aufenthalt in Berlin fiel in die Periode der Hochblüte und gleichzeitig des Abflauens des Ausnahmegeistes. Wie überall, so hatte auch in Berlin die Partei den Putzamer-Bismardschen Gewaltstreichen ein Paroli geboten; wie im ganzen Reiche, so zerstückelten auch in Berlin alle Versuche, durch Lockspiel a la Ibrina-

## Der Kaffe in Doorn.



„Wenn ich schon kein Kriegsgewinner sein konnte, will ich wenigstens ein Kriegsgewinner werden.“

Rahlow die Partei in das Polizeigarn zu locken. Ebenfalls konnte der mit dem Spitznamen verquälte Anarchismus die Kraft und Einheit der Partei brechen. Die Partei hatte sich in Berlin zur Abwehr raffinierter Polizeitricks trefflich ausgerüstet. Die Disziplin der Berliner Arbeiter war bewundernswürdig. In ihren engeren Zusammenkünften der „Capota“ herrschte ein Geist brüderlicher Gemeinschaft und vertrauensvollen Zusammenwirkens, doch sind die zur Vernichtung der Sozialdemokratie angestellten Experimente zu bekannt, um hier in einzelnen nochmals beleuchtet zu werden.

Am 28. November 1878 war über Berlin der Belagerungsstand verhängt worden. Die daraufhin vorgenommene Ausweisung von 67 Genossen, von denen 66 Familienväter waren, hatte in Verbindung mit anderen Schandthaten der Polizei das Gegenteil der beabsichtigten Zermürbung der Partei bewirkt: ein unzerstörbares Band umschlang alle Genossen, und von ihrer geschickten Taktik und unermüdlichen Ausdauer bei Wahlkämpfen spricht deutlich die von 311 961 im Oktober 1881 auf 1 427 298 im Februar 1890 gestiegene sozialdemokratische Stimmenzahl. Bei der Wahlaktion am 21. Februar 1887 konnte ich mich persönlich überzeugen, wie in Berlin gearbeitet wurde. Die Hauptarbeit fand in der Nacht statt. Tausende von Arbeitern, die tagsüber gearbeitet hatten, waren fast die ganze Nacht tätig, um Wahlaufträge und Zettel anzuflehen und die Namen unserer Kandidaten auf den Trottoirs mit Schablonen zu fixieren. Die Geschlossenheit der Partei war um so notwendiger, als die Entwicklung der anarchistischen Bewegung sich immer mehr mit der Lockspielerei durchsetzte. Man kann sich heute kaum einen Begriff von dem Eindruck machen, den die Enthüllungen des Genossen Singer hervorriefen, als er am 27. Januar 1888 bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes an der Hand von amtlichen Schweizer Aktenstücken bewies, daß der Druck der „Freiheit“ von einem Schreiner Schröder bezahlt wurde, der seit Jahren im Dienst der Berliner Polizei stand. Dieser Schröder empfing Geld von dem Polizeirat Krüger, und seine Berichte waren an einen Polizeibeamten adressiert.

Der Verkehr unter den Genossen beschränkte sich naturgemäß auf kleinere Kreise, die meist in den Lokalen zuverlässiger Wirte zusammenkamen. Ein fester Treffpunkt für die Reichstagsabgeordneten und andere Genossen hatte sich in der schon lange nicht mehr existierenden Schankstube des Münchener Hofbrauhauses in der Leipziger Straße gebildet. Die von einer Frau Danziger bewirtschaftete Filiale befand sich in einer zur Gaststätte umgewandelten, aus mehreren großen Zimmern bestehenden Parterremohlung. Was man dort bekam, war gut, reichlich und verhältnismäßig billig. Man konnte sicher sein, dort abends an einem bestimmten Tische Genossen zu treffen, um mit ihnen in einen anregenden Gedankenaustausch zu treten. Dabei kam der Humor zu seinem Rechte und er erhielt noch eine besondere Färbung durch den bekannten Berliner Witz. Hervorragendes darin leisteten der verantwortliche Redakteur des „Berliner Volksblattes“ Cronheim, ein ehemaliger Leutnant in der holländischen Kolonialarmee, und der Redakteur der Firma Max Bading, Drucker und Verleger des Parteiblattes, Bamberger, kurzweg und allgemein „Bam“ genannt. Die Verfolgungswut der Behörden zwang dazu, die prägnanteste Verantwortung möglichst neutralen Persönlichkeiten zu übertragen. So gelangte außer Cronheim auch ein bekannter Naturheilkundepostler vorübergehend zu diesem Amte.

Der unter der Stöckerischen Agitation ausgeblähte Antisemitismus war zu jener Zeit zwar schon im Abflauen begriffen, aber in den Versammlungen der Antisemiten tobte noch eine wilde Hege gegen Juden und Sozialdemokraten. Der Rektor Ahlwardt, das Urbild Hitlers, stand damals auf dem Zenith seiner Erfolge. Auch Liebermann von Sonnenberg stand in den vordersten Reihen der antisemitischen Schreier. Zwischen Bamberger, Cronheim und ihm entwickelte sich einmal folgende dreifache Episode: Bamberger hatte meiner Frau so lange von einer

gebratenen, im Stille seiner östlichen Heimat reichlich mit Knoblauch gespickten Gans vorgekostet, bis sie nicht umhin konnte, ihn und Cronheim zum Verspeisen eines derartig zubereiteten Vogels einzuladen. Nachdem sie beim Mittagessen reichlich der Gans zugesprochen, begaben sich beide abends in ein Theater. Bamberger hatte wohl etwas des Guten zuviel getan; denn im ersten Zwischenakte erhob sich ein neben ihm im Parkett sitzender Herr mit dem entrüsteten Ausrufe: „Blut Teufel, hier riecht es nach Juden!“ Dieser Herr war Liebermann von Sonnenberg. Bamberger hatte wohl etwas des Guten zuviel getan; denn im ersten Zwischenakte erhob sich ein neben ihm im Parkett sitzender Herr mit dem entrüsteten Ausrufe: „Blut Teufel, hier riecht es nach Juden!“ Dieser Herr war Liebermann von Sonnenberg. Bamberger hatte wohl etwas des Guten zuviel getan; denn im ersten Zwischenakte erhob sich ein neben ihm im Parkett sitzender Herr mit dem entrüsteten Ausrufe: „Blut Teufel, hier riecht es nach Juden!“ Dieser Herr war Liebermann von Sonnenberg.

Dem Berliner Hasen und Treiben hatte ich mich nun anbequemen können. Gern nahm ich daher das Angebot einer angenehmen Stellung in Erfurt an, weil sich damit die Möglichkeit verband, auch für die Partei zu wirken. Ich fand in Erfurt bei dem Abgeordneten Reichhaus, dem Redakteur der „Tribüne“ Hülle, dem bisherigen Geschäftsführer Siegmann und anderen Genossen die beste Aufnahme. Die „Tribüne“ lag damals im heftigen Kampfe mit den zur Vernichtung der Sozialdemokratie dressierten evangelisch-sozialen Vereinen, an deren Spitze ein Pastor Lorenz und ein Professor Heingelmann standen. In der „Tribüne“ eröffnete ich einen Feldzug gegen diese Ketzer der Gesellschaft, der nicht erfolglos blieb. Mein Infognito blieb jedoch nicht lange verborgen. Auch die Polizei nahm bald Veranlassung, sich mit meiner Person zu beschäftigen. Als Ersatz für die fehlende Bildungsorganisation hatte ich einen kleineren Kreis jüngerer Genossen um mich vereinigt, um ihre Fortbildung in Elementarlehren, deutsche Sprache, Buchhaltung, Literatur und Volkswirtschaft zu fördern. Zum Zwecke der volkswirtschaftlichen und dialektischen Schulung hatte ich ein kontrabüroarisches Verfahren gewählt. Einer der Teilnehmer dieses Kurses mußte vom Arbeitgeberstandpunkte aus die sozialdemokratischen Lehren rücksichtslos bekämpfen, ein anderer hatte darauf zu erwidern. Die Kontroverse nahm bisweilen so heftige Formen an, daß ich oft Mühe hatte, die streitenden Kampfahnen wieder auseneinanderzubringen. Diesen an sich harmlosen, nur auf Bildungs- und dialektische Schulung zielenden Veranstaltungen bereitete die Erfurter Polizei ein frühzeitiges Ende. Sie forderte mich nämlich auf, meine Lehrtätigkeit solange einzustellen, bis ich ein Zeugnis über meine Befähigung zum Lehramt beigebracht hätte, was mir natürlich nicht möglich war. Dagegen gelang es mir, bei meiner Mitarbeit an der „Tribüne“ die Klappen des Ausnahmegegesetzes meist glücklich zu umschiffen. Eines Tages erliefen jedoch ein Sekretär in meinem Bureau mit dem Ersuchen, sofort in die nahegelegene „Tribüne“ zu kommen, da der Redakteur Hülle verhaftet worden sei und das Blatt nicht fertiggestellt werden könnte. Ich sprang also hinüber und wollte mich gleich an die Arbeit begeben, aber es war kein Federhalter in der Redaktion aufzutreiben. Hülle hatte das einzige Exemplar des für jede Redaktion unentbehrlichen Instrumentes hinter sein Ohr gesteckt und es mit in das Gefängnis genommen. Bis zur Beschaffung eines Ersatzes mußte ich mich mit Kleister und Schere behelfen.

Meine Chefs hatten bis dahin meiner journalistischen Tätigkeit ruhig zugehört. Einmal, weil sie der Ansicht waren, daß es für die Juden das beste sei, sich politisch neutral zu verhalten, dann aber, weil die von ihnen beschätzten Schneider, und gerade die leistungsfähigsten, durchweg der Partei angehörten. Sie schickten mich zu verhaften, lag angesichts der großen Konkurrenz am Orte, in Berlin und Breslau durchaus im Interesse des Geschäftes Ihre Ausbildung sollte jedoch durch den Erfurter Schuhmacherstreik im Jahre 1891 auf eine harte Probe gestellt werden. Die „Radeisführer“ wurden durch ein Uebereinkommen der Fabrikanten nicht wieder eingestellt. Sie gründeten eine Genossenschaft, deren beschränkte, durch Anteilnahme aufgebrachte Mittel bald ernste Verlegenheiten hervorriefen. Sie wandten sich deswegen an mich und ich ärgerte nicht, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Genossenschaft bestand aus tüchtigen Arbeitern und ihr Geschäftsführer Rahmig war durchaus geeignet, das Unternehmen zu leiten und vorwärts zu bringen. Vor allem handelte es sich darum, ihm Kredit zu verschaffen. Rahmig und mir gelang es, auf der Leipziger Ledermesse einen größeren Pump anzuleiten. Das Fabrikat fand Anklang und Aufträge lagen schon genügend vor; es hätte somit alle Aussicht zu einer gedeihlichen Entwicklung bestanden, wenn nicht durch innere, meist persönliche Konflikte eine verhängnisvolle Zwietracht hervorgerufen worden wäre. Wie bei so vielen produktivgenossenschaftlichen Unternehmungen offenbarte sich auch hier ein Mangel an Disziplin und Unterordnung unter die Dispositionen der Geschäftsleitung. An ihren Maßnahmen wurde eine selten gerechte Kritik geübt, die sich schließlich zu kleinlicher Nörgerei steigerte. So wurde dem Geschäftsführer vorgeworfen, daß er im Betriebe einen Stehtrage trage, was doch zu einer Repräsentation des Geschäftes unerlässlich war. Solche Duertreibungen veranlaßten Rahmig, seine Stellung aufzugeben. Er erlangte später die Stellung eines technischen Leiters einer großen Schuhfabrik in Meuselwitz. Inzwischen hatte der Verband der Schuhmacher in die Entwicklung der Genossenschaft eingegriffen. Er ließ sich durch den von einem reichen Lederhändler angebotenen großen Kredit verleiten, die Genossenschaft auf schneller Entwicklung zuzureiten, die schließlich in den Hasen eines großkapitalistischen Unternehmens mündete. Aus der ehemaligen Genossenschaft ist später eine der größten Erfurter Schuhfabriken als Aktiengesellschaft hervorgegangen.

Für mich hatte diese Sache eine für mein ferneres Schicksal entscheidende Wendung herbeigeführt. Die Schuhfabrikanten hatten meinen bisher so duldsamen Chefs solange in den Ohren gelehrt, daß es doch nicht angehe, wenn einer ihrer Angestellten die Arbeiter aufhebe und zur Gründung von Konkurrenzunternehmen seine Hand biete, bis sie mich schließlich in höchster Form baten, mich fernerhin in dieser Hinsicht mehr zurückzuhalten. So blieb mir keine Wahl zwischen der Aufgabe jener politischen und journalistischen Tätigkeit oder der Aufgabe meiner Stellung. Ich wählte das Letztere. Bebel, über meine Lage unterrichtet, forderte mich auf, die Geschäftsführung eines Parteiblattes zu übernehmen, wozu ich um so mehr Neigung hatte, als ich von dem bevorstehenden Erlöschen des Ausnahmegegesetzes eine günstige Entwicklung der Parteipresse erwartete. Der Parteivorstand schlug mir vor, zwischen München und Magdeburg zu wählen. Ich wählte München, das meiner Individualität mehr Anregungen bot.

Wie das Frottiertuch erfunden wurde. Die Erfindung des so nützlichen und heute so viel gebrauchten Frottiertuchs wird einem Zufall verdankt. Ein englischer Fabrikant von weichen Handtüchern hatte einst einen Waschenselbst, und so kam ein raub und unregelmäßig gewobener Stoff aus der Maschine heraus, der zum Verkauf ungeeignet erschien und weggeworfen werden sollte. Da sich der Fabrikant beim Reparieren der Maschine die Hände schmutzig gemacht hatte, wusch er sich und benutzte zum Abtrocknen eines dieser rauhen Tücher. Er bemerkte, daß das Abtrocknen damit vortrefflich vonstatten ging, viel besser als mit dem gewöhnlichen Handtuch, und er kam dadurch auf den Gedanken, solche rauhen Tücher in den Handel zu bringen. Sie erwiesen sich als außerordentlich profitabel und bürgerten sich in der ganzen Welt ein.

Wie das Frottiertuch erfunden wurde. Die Erfindung des so nützlichen und heute so viel gebrauchten Frottiertuchs wird einem Zufall verdankt. Ein englischer Fabrikant von weichen Handtüchern hatte einst einen Waschenselbst, und so kam ein raub und unregelmäßig gewobener Stoff aus der Maschine heraus, der zum Verkauf ungeeignet erschien und weggeworfen werden sollte. Da sich der Fabrikant beim Reparieren der Maschine die Hände schmutzig gemacht hatte, wusch er sich und benutzte zum Abtrocknen eines dieser rauhen Tücher. Er bemerkte, daß das Abtrocknen damit vortrefflich vonstatten ging, viel besser als mit dem gewöhnlichen Handtuch, und er kam dadurch auf den Gedanken, solche rauhen Tücher in den Handel zu bringen. Sie erwiesen sich als außerordentlich profitabel und bürgerten sich in der ganzen Welt ein.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne 4 Uhr Der befreite Don Quixotte

Staats-Theater Opernhaus 7 1/2 Uhr La Traviata

Städtische Oper Charlottenburg 7 1/2 Uhr Iphigenia

Deutsches Theater 7 1/2 Uhr Der Kreidekreis

Kammerspiele 8 Uhr Frühlingserwachen

Die Komödie Kurfürstendamm 207 8 Uhr

Gesellschaft von Gaisworthy Regie: M. Reinhardt

ADMIRALSPALAST 9 1/2 Uhr (täglich) HAUER-REVUE

60 BILDER 11. Rang 2,- Parkett 4,- Logen 7,-

Kinder-Revue Nr. 10 noch 3 Vorstellungen

Central-Theater 8 Uhr Trieschübel

Metropol - Th. Täglich 8 Uhr Die große Venus-Passe

Residenz - Th. Zum letzten Male 8 Uhr

Circus Heirat 8 1/2 Uhr

Thalia-Th. 8 Uhr Annemarie

Rose-Theater 8 1/2 Uhr Der glöcker von Notre Dame

SCALA 8 Uhr Internat. Varieté

Komische Oper Größte Revue der Welt Von A bis Z

WINTERTHEATERN Ein Weihnachts-Programm für Groß und Klein!

Kerrnfeld Circus Busch

Elite-Sänger

Berliner Uk-Trio

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Bezirksversammlung für den 16. Bejef.

Betriebsversammlung der Firma Stöck, Motorflug, Köpenicker Straße.

Brauchenversammlung der Rohrleger und Helfer.

Branchenvertrauensmännerkonferenzen

SANTA LUCIA Feurig süßer Stärkungswahl

Mieten Sie von uns Staubsauger "ORION"

Th. a. Kollendortpl. Heute noch preiswert!

Oefen Eisener Oefen - Kachelofen Herde

Hamburg Hotel Esplanade

Bar Geld lacht und ebenso die Hausfrau, die es leicht erspart, wenn sie Feinkosmargarine "Schwan im Blauband"

Ph. Brand & Co., Weingroßhdlg., Berlin SW 60

Beleuchtungskörper aus Holz, Metall und Seide

Edeka Deutschlands größte Kolonialwaren Einkaufsgenossenschaft

Ein Standard Piano Mk. 890,-

Baureife Grundstücke

Verkäufe

Bekleidungsstücke, Wasche usw.

Wohninstrumente

Kaufgesuche

Arbeitsmarkt Stellenangebote Arbeiter auf Anaben-Sportheben